

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementpreis pro Monat inkl. Bringerlohn 70 Pfg., bei Selbstabholung 60 Pfg.; mit der illustrierten Wochenbeilage „Neue Welt“ inkl. Bringerlohn 80 Pfg., bei Selbstabholung 70 Pfg. — Durch die Post bezogen (Postzeitungssliste Nr. 4527) vierteljährlich 2.10 Mk., für 3 Monate 1.40 Mk., für 1 Monat 70 Pfg. exkl. Postgebühren.

Redaktion: Tauscher Str. 19/21.
Telegramm-Adresse: Volkszeitung, Leipzig.
Telephon 2721.
Sprechstunde: 6—7 Uhr abends.

Inserate werden die gespaltene Zeile oder deren Raum mit 25 Pfg., für Gewerkschaften, politische und gemeinnützige Vereine mit 20 Pfg. berechnet. Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Der Betrag ist im voraus zu bezahlen. — Schluss der Annahme von Inseraten für die fällige Nummer früh 9 Uhr. — Aufgegebene Inserate können nicht wieder zurückgezogen werden.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag und Expedition: Tauscher Straße 19/21. Geschäftszeit 8—12 und 2—7 Uhr, Sonn- und Feiertags geschlossen.

Der Kongress in Imola.

* Leipzig, 11. September.

Dieser Tage fand in Imola, einer kleinen Stadt der Romagna, dem Geburtsort Andrea Costas, der siebente Parteitag der italienischen Sozialisten statt. Gerade vor zehn Jahren, 1892 auf dem Parteitag in Genua, legten unsere italienischen Genossen die Grundlage ihrer Partei, indem sie sich einerseits von den Kurgewerkschaftlern, andererseits von den Anarchisten schieden. Auf dem Kongress in Reggio Emilia wurde dann die Organisation ausgebaut, auf dem Kongress in Parma unter dem Feuer der Crispien Reaktion eine kurze Herrschaft gehalten.

Im Jahre 1896 gab der Kongress in Florenz zum ersten Male den Anstoß zu jenen Diskussionen, die auch in Imola die Tagesordnung beherrscht haben, nämlich über die Stellung der Sozialdemokratie zu dem radikalen und liberalen Flügel der Bourgeoisie. Der Kongress in Rom entschied dann 1900 dahin, daß den einzelnen Wahlkreisen Autonomie zugesprochen würde, so daß sie je nach den augenblicklichen örtlichen Verhältnissen sich mit den sogenannten verwandten Parteien des Bürgertums verbünden könnten oder nicht. Bei parlamentarischen Wahlen hat dieses System bis jetzt noch keine Probe seiner Brauchbarkeit ablegen können; bei den kommunalen Wahlen dieses Jahres ist es angewandt worden, jedoch ohne Resultate, die seine Gegner von der Nützlichkeit ihrer Gegnerschaft überzeugt hätten.

Seit dem Parteitag in Rom hat sich nun im sozialen Leben Italiens viel umgestaltet. Der Streik in Genua, der im Dezember 1900 das Signal für den Beginn einer gewaltigen Organisationsarbeit gegeben hatte, führte durch eine eigentümliche parlamentarische Konstellation zum Falle des Ministeriums Saracco und zur Ernennung des liberalen Ministeriums Barnabelli-Giolitti. Die Frage nach der Stellung der italienischen Sozialdemokratie zu diesem Ministerium ist es nun, die den Kongress in Imola beschäftigt hat. Er war überaus zahlreich besucht; nicht weniger als 1396 Delegierte waren anwesend, eine von keinem früheren italienischen Parteitage erreichte Zahl. Die Geister plagten anfangs so heftig aufeinander, daß eine große Verwirrung einzureißen drohte; man einigte sich schließlich dahin, daß jede Richtung durch drei Wortführer vertreten sein solle. Für die revolutionäre Richtung sprachen Enrico Ferri, Arturo Labriola und der Arbeiterdeputierte Ainaldo Nigola, für die reformistische Richtung Filippo Turati, Claudio Treves und der Arbeiterdeputierte Pietro Ghiesà.

Die Beratungen selbst erinnerten in der lebhaftesten Weise an die Verhandlungen unseres Parteitages in Hannover,

und sie endeten auch ebenso, mit einer Resolution, auf die sich beide Richtungen vereinigten. Der Kongress stellte fest, daß die Aktion der Partei reformistisch sei, weil revolutionär, und revolutionär, weil reformistisch; er proklamierte wörtlich:

Das Subjekt des Sozialismus ist die Befreiung der Menschheit von der kapitalistischen Ausbeutung durch das Mittel des Kollektivismus. Der Weg zur Emancipation ist der von dem Klassenbewußten Proletariat geführte Klassenkampf gegen die wirtschaftliche und politische Organisation der Klasse der Monopolisten und Besitzer der Produktionsmittel. Da alle Reformen, welche die ökonomische, politische und moralische Hebung des Proletariats bezwecken, gleichzeitig zur Erreichung der sozialen Revolution beitragen, so erklärt der Kongress die Existenz zweier verschiedenen Tendenzen als wohl vereinbar.

Dazu erklärte der Kongress, daß die Kammerfraktion in ihren Entschlüssen selbständig sei, aber daß sie sich mit den Anschauungen und Wünschen der großen proletarischen Masse in steter Fühlung zu halten habe.

Der Kompromißcharakter ist dieser Resolution so deutlich aufgedrückt, daß er nicht noch besonders hervorgehoben zu werden braucht. Wir sehen darin aber eher einen Vorteil als einen Nachteil, denn es ist immer gut, wenn die wirkliche Lage der Dinge klar erkannt wird. Die beiden Richtungen der italienischen Sozialdemokratie haben sich in Imola gleich stark erwiesen, und da sehr vernünftiger Weise keine mit der andern völlig brechen wollte, so blieb eben nichts übrig, als eine Resolution, in die jeder von den beiden Teilen hineinlegen kann, was seinem Geschmack zusagt.

Man muß sich darüber nicht täuschen, daß Kongressresolutionen der historischen Entwicklung einer Partei wohl den Puls fühlen, aber sie nicht beherrschen können. Sie machen die Geschichte der Partei so wenig, wie Thermometer das Wetter machen. Wir in Deutschland haben zeitweise velleicht zu sehr an die Dauerhaftigkeit von Parteitage-resolutionen geglaubt. Mit der Resolution Bebel, die in Hannover beschlossen wurde, glaubte man vielfach die inneren Differenzen der deutschen Arbeiterpartei begraben, und in der That schien sie einen vollständigen Sieg der alten Parteigrundzüge über den Revisionismus zu bedeuten. Gleichwohl blieb der Revisionismus am Leben; er hatte sein „Ährchen Salz“ an die Resolution Bebel gethan und so wurde er ohne alle Beschwerden mit ihr fertig. In der Erinnerung an diese Vorgänge scheint es uns kein Fehler der in Imola beschlossenen Resolution zu sein, wenn sie sagt: es existieren nun einmal zwei Richtungen in der Partei, die sich ineinander schließen müssen, da keine von beiden die Spaltung der Partei will.

Man könnte darin eine verhängnisvolle Vertuschungspolitik erblicken, etwa wie sie die deutsche Fortschrittspartei zur Zeit des preussischen Verfassungskonflikts trieb, wo sie alle principielle Gegensätze in ihrem Schoße immer wieder

übertünchte, unter der Parole: Nur keine Spaltung der Partei. Allein die moderne Arbeiterbewegung greift einerseits so tief und weit in alle Gebiete moderner Kultur ein, und steht andererseits durch ihre historischen Existenzbedingungen in so schroffem Gegensatz zu den herrschenden Klassen, daß sie in ihrem eigenen Schoße schwere Konflikte überwinden kann und muß, ohne daß sie deshalb zu zerbrechen braucht. Bei aller Abneigung gegen den Opportunismus, Reformismus, Revisionismus und wie dies Gebilde sich sonst nennen mag, verkennen wir keineswegs, daß er seine historischen Gründe hat; eine Bewegung, die gleichermahen in Deutschland wie in Frankreich, in Italien wie in Rußland auftritt, ist nicht von einzelnen Querköpfen aus den Fingern gezogen. Sie hat auch ihre entscheidenden Charakterzüge; die Blüte der deutschen Gewerkschaften im letzten Jahrzehnt ist am Ende nicht zu teuer erkauft durch die freilich greuliche, theoretische Konfusion, die von der revisionistischen Litteratur in unseren Reihen angerichtet worden ist und leider noch immer angerichtet wird.

Eine wirkliche Vertuschungspolitik wäre und ist es, wenn die nun einmal in der modernen Arbeiterbewegung vorhandenen Gegensätze durch Parteitagebeschlüsse wegdekretiert oder in leisererischerem Versöhnungsdufel verwischt werden sollen. Dabei kommt nichts als Unheil heraus, und auf diesem Wege würde man allerdings die schiefe Bahn betreten, worauf die ehemalige Herrlichkeit der deutschen Fortschrittspartei so gänzlich verschwunden ist. Aus diesem Grunde wäre es ganz verkehrt, die in Imola gefasste Resolution dahin auszulegen, als ob unsere italienischen Genossen nun ein Herz und eine Seele seien; es ist im Gegenteil der entschiedene Vorzug der Resolution, daß sie die Existenz zweier verschiedener Richtungen anerkennt.

Welche dieser beiden Richtungen schließlich siegen wird, in Deutschland wie in Frankreich, in Italien wie in Rußland, darüber sind wir ganz ohne Sorge. In einem so breiten und mächtigen Strome, wie die moderne Arbeiterbewegung ist, kann wohl einmal ein rückläufiger Strudel eintreten, aber seine Fluten wälzen sich deshalb doch vorwärts bis an ihr Endziel.

Politische Hebersicht.

„Du hast's gewollt, Georges Dandin!“

Der Fall de Saint-Romy, der eckelicherweise die ganze Oeffentlichkeit in Frankreich in Atem hält, bereitet auch den ministeriellen Sozialisten arge Verlegenheiten. Erst versuchten sie dem Urteil des Kriegsgerichts „ironischen“ Beifall zu spenden und „homertisch“ zu lachen, nun fallen sie, wie in allen heißen Fragen, in das niederwagende Jaurès'sche Pathos zurück. „Die Institution der Kriegsgerichte“, erklärt Jaurès mit Grabesstimme in der letzten Nummer der Petite République, „ist zu

Senilleton.

Das tägliche Brot.

Roman von Klara Viebig.

Mine setzte sich. Fridchen sah begehrlieh auf die Apffel im Korb. Da gab ihr Arthur einen Apffel und sah zu, wie sie ihn verwundert in den Händchen drehte und dann mit den winzigen, weißen Zähnen daran nagte. Wie ein Eichkäsechen! Der junge Vater lächelte.

„Arthur,“ rief die Neschke scharf. „Was?“ Er sah sie zerstreut an, er hatte sie im Augenblick ganz vergessen gehabt.

„Wat soll denn det nu allens?“ Er gab keine Antwort; aber Mine sagte, indem sie mit dem Blick auf das Kind wies: „s is sein Wäbel. Seiraten muß er mir!“

Frau Neschkes Empörung kannte keine Grenzen; sie war nicht nur wütend über Mine, nein, auch über ihren Sohn. Der Schlemihl!

„Arthur,“ kreischte sie in heller Angst, „steck doch nich da wie besoffen! Daß Der von die doch nich inschüchtern! Nur nich dumm machen lassen; det wollen se alle. Beweise!“ Sie trommelte auf den Tisch. „Her mit de Beweise!“ Und dann lachte sie höhnlisch: „St floobe jar nlkht, ehe ik Beweise habe.“

Mine sah nach dem jungen Mann hin. „Arthur!“ Es lag eine Mahnung, ein beschwörendes Erinnern in ihrem Ton. „Arthur!“

Frau Neschke beobachtete ihren Sohn scharf; der war dunkelrot geworden, Schweiß trat auf seine Stirn.

„Beweise brauch ich nich,“ sagte Mine stolz. „Ich kann's beschwören. An Herr Müldner sagt, wenn ich das kann, kriegt de Fridchen ihr Recht. An wenn er mer nich heirat, muß er bezahlen. Der Müldner weech das, der is ganz was Hohes bei's Gericht. An wenn Arthur nisch hat, um zu bezahlen, denn kommen seine Eltern ran. Ja,“ schloß sie triumphierend, als sie das Erschrecken der Neschke sah. „An ich laß nich nach. An wenn ich klagen muß!“

Das war nicht mehr die dumme Mine von früher! Sie hatte sich vom Schemel erhoben, hochaufgerichtet stand sie da; wie um ihrer Nebe mehr Nachdruck zu verleihen, stampfte ihr Fuß bei jedem Satz kräftig auf den Boden.

Frau Neschke wurde ganz kleinlaut — das sollte fehlen, auch noch bezahlen?! Und der Skandal! Sie duckte sich förmlich. „Arthur,“ flüsterte sie schein ihrem Sohn zu, „Wie is't denn nu, wirste ihr denn doch an Ende nich lieber anerkennen?“

„Das wer ich wohl müssen.“ Die Linien seines jugendlichen Gesichts verschärften sich plöblich; schon grub sich eine tiefe Sorgenfalte auf seine Stirn ein.

„Das glaub' ich och,“ sagte Mine ruhig. Sie gab Arthur die Hand: „Na denn, Arthur!“ Und dann reichte sie ihm Fridchen zum Aufß.

Als jetzt Neschke in der Glaskühler erschien, flämmte Frau Neschke noch einmal auf. Sie konnte es nicht fassen — ihr Arthur wirklich die Mine heiraten?! Schuldige und Unschuldige überschüttete sie mit ihren Vorwürfen, schrie und lamentierte, griff sich in die Haare und klagte Gott und die Welt an. Zuletzt rief sie ihren gänzlich verduhten Mann um Beistand an.

Aber der hatte heute seinen bößigsten Tag. Erst hatte er Mine nicht erkannt; als er sie dann, die Hand,

wie einen Schirm, über die Augen legend, lange genug angeblinzelt, freute er sich, die Mächte wiederzusehen. Er schien ganz vergessen zu haben, was sie getrennt.

„Haste gehört, Mine,“ sagte er und zog sie vertraulich am Ärmel, „unsere Trude is weg!“

VI.

Zum ersten November hatte Arthur eine Stube in der Bahnstraße gemietet; das Haus war erst im Oktober fertig geworden. So waren sie die ersten Bewohner dieser Stube, und Mine hatte Muße, vor ihrem Einzug die farbreflexen Scheiben zu reinigen und die Hobelspane und Tapetenfetzen auszufegen.

Da der erste November auf einen Sonntag fiel, stand nichts im Wege, daß auch gleich die Hochzeit gefeiert wurde. Am zweiten November sollte Arthur die Hausdienerstelle antreten, die ihm Herr Müldner bei einem Bekannten in einem Gummiwarengeschäft auf der Leipziger Straße verschafft. Fünfzehn Mark gab's die Woche. So würde es schon gehen; denn Mine wollte auch nicht faul sein, sich Aufwarte-, Wasch- und Reinmachstellen suchen.

Nur die Sorge um Fridchen fiel ihr wiederum schwer aufs Herz. Sollte das Kind wieder eingeschlossen werden? Nein, nein! Ein neues Bängen ergriß sie; da meldete sich Grete: „Jah wer ihr vertwarten!“ In der Freude ihres Herzens umarmte und küßte Mine das kleine Mädchen. Und da brummte auch plöblich der alte Neschke: „Se kann ja och bei mir spielen, die Meene. Wie Trudeken so klein war, krabbelte se och immer unten uf'n Boden zwischen meine Beene rum un war kreuzfidel!“

So war Mine dieser Sorge ledig, während Mutter Neschke noch immer mit der ihren kämpfte; wen sollte

Tode getroffen. Das Kriegsgericht hat die juristische Verdammung der Militärgerichtsbarkeit unterzeichnet!

Wir meinen, daß das Manteler Kriegsgericht auch noch über etwas anderes das Urteil gesprochen hat, — nämlich über den ministeriellen Sozialismus.

Wenn man sich für einen Augenblick die Zeit der Dreijährskriege in die Erinnerung ruft, diese dreijährige Periode, in der Jaurès' Stimme in ganz Frankreich wie die Posaune des jüngsten Gerichts ertönte und an jedem der 365 Tage des Jahres die Verbrechen, Abnormitäten, Abscheulichkeiten, Verbrechen der französischen Militärjustiz benutzte, da ist es klar, daß die Abschaffung der Kriegsgerichte die dringendste, unabweisbare Folge der ganzen Krise sein mußte. Die Rächer des Dreijährs, die kleinbürgerlichen Radikalen und die ministeriellen Sozialisten kamen aus Stuber, das Kabinett Waldeck-Roussell-Millierand übernahm die „republikanische Verteidigung“, um die Ergebnisse und Lehren der Dreijährskriege zu realisieren.

Was haben sie getan? Wurden die Kriegsgerichte abgeschafft? Wurde wenigstens eine Reform der Kriegsgerichte vorgenommen? Wurde auch nur eine Vorlage einer solchen Reform ausgearbeitet? Nichts von alledem! Drei Jahre hielten die Radikalen und ihre sozialistischen „Mitarbeiter“ das Sienner der französischen Politik und Gesetzgebung in der Hand, und sie haben nicht einen Finger gerührt, um die Militärgerichtsbarkeit abzuschaffen, um die Urteile à la Saint-Rémy unmöglich zu machen.

Und was haben dazu die ministeriellen Sozialisten gesagt? Haben sie etwa im Parlament interpelliert, selbst Anträge auf Abschaffung der Kriegsgerichte eingebracht, die Regierung zur Aktion angeporrt, kritisiert, vordrängend getrieben? Nichts von alledem! Die Jaurès'sche Partei hat die ganzen drei Jahre hindurch zu allem Tun und Lassen der Regierung Ja und Amen gesagt, jede Regung der Kritik und der Unzufriedenheit im Keime erstickt!

Was ist demnach also von der ganzen „praktischen Politik“ des Ministerialismus geblieben? Wir schenken ihm gern seine sozialpolitischen, „arbeiterfreundlichen“ Scheinreformen, die in dem proletarischen Frankreich nur einen allgemeinen Kapazitätsraum zurückgelassen haben. Aber die ureigenliche Aufgabe der Periode Waldeck-Millierand, aber die Abschaffung der Militärgerichtsbarkeit, um derentwillen uns Jaurès jahrelang mit seiner lärmenden, patriotischen Agitation Schlaf und Ruhe raubte, was ist aus der geworden?

Das Urteil in Sachen de Saint-Rémy ist eine kurze aber deutliche Bilanz der Waldeck-Millierand-Periode. Sie zeigt die Früchte der „praktischen Politik“, der die ministeriellen Sozialisten in Frankreich ihre Prinzipien, ihr Programm, ihre oppositionelle Stellung zum Opfer gebracht haben.

Sie führen zwar immer noch unentwegt dieselbe Politik fort. Auch heute noch findet Jaurès nicht ein Wort der Kritik gegenüber der Unthätigkeit der Regierung, er begnügt sich mit der alten abgeschmackten Manier, zum sozialistischen Mause die selbe Militärgerichtsbarkeit „loi“ zu sagen, die soeben so derschwiegen hat, daß sie lebt. Aber der Effekt dieser Phrasen dürfte heute allgemein verfangen. Es ist klar: wenn das Urteil von Nantes eine schallende Ohrfeige für den herrschenden französischen Radikalismus ist, so dürfen sich auch die „Mitarbeiter“ der Radikalen, die ministeriellen Sozialisten, der Teilnahme an den angenehmen Ergebnissen gemeinsamen Wirkens nicht durch erkünstelte ablenkende Grimassen entziehen.

Und der Mitgenuss dieser Früchte der „praktischen Politik“ gebührt sicher auch allen deutschen und sonstigen Bewunderern des Jaurès'schen Sozialismus.

Vae victis!

In dem amtlichen Berichte über die Besprechung der Burengenerale mit dem Minister Chamberlain heißt es: die Generale ersuchten Chamberlain am 20. August um eine Besprechung. Chamberlain wünschte vorher zu erfahren, welche Gegenstände man zu erörtern wünsche, damit er sich unverzüglich dazu äußern könne.

Die Generale erwiderten, die Hauptgegenstände seien die Bitte um völlige Amnestie für alle britischen Staatsangehörigen, die an dem südafrikanischen Kriege teilgenommen, sowie Begnadigung aller Personen, die wegen Mordes, die sie während des Krieges begangen, schuldig befunden sind; ferner wollten sie in Verbindung hiermit zu erlangen suchen, daß britischerseits jährlich ein ausreichender Betrag gezahlt werde zur Unterstützung der Witwen und Waisen von Burghers und der verbliebenen Burghers. Ferner schlugen die Burengenerale vor: Für die englische und die holländische Sprache gleiches Recht in Schulen und vor Gerichten, und gleiche Rechte für die Engländer und Burghers, erträgliche Bedingungen für die Uebergabe ein-

man zur Hochzeit einladen?! Lumpen lassen durfte man sich keinesfalls, damit es nicht „so ausseh“ vor den Leuten.

„Auf jeden Fall,“ hatte sie zu ihrem Manne gesagt, „laden wir deinen Schwager, den Heinz aus Gohlmüt und seine Frau ein, denn sind wir die Koblens. Det se kommen, floobe il nich, aber mit 'n Hochzeitsjehent dürfen se sich denn doch nich Lumpen lassen. Billeicht 'n paar fetter Käse, en paar Schinken, schöne, Landlebertwurst, an Erbe en janzet halbet Schwein — Jotte, man sieht ja mehr uf de Jesinnung — wat de Leute von 'n Lande so jrabe haben!“

Frau Neßche's Empörung kannte keine Grenzen, als der Schwager Heinz sofort, kurz und ohne Grund, auf die Einladung abschrieb; kein Wort für Mine, keinen Gruß und — auch kein Geschenk. Mine mußte viel von der Schwiegermutter bestwegen anhören. „Vande,“ schimpfte die Aufgebrachte, und „Vande“ schrie der Papagei nach; das hatte er nun noch hinzu gelernt.

Eine große Hochzeit würde es nicht werden, obgleich Frau Neßche alles zusammen lud, was nur in den Keller kam; „Lahme und Blinde“, wie Arthur bitter sagte. Sie sagten alle ab. „Es is ihnen nich fein genug,“ klagte die Neßche. „An se sind sicher so poplig un machen och nich mal en Jeschent!“

(Fortsetzung folgt.)

Humoristisches.

Verschlimmbessert. Versuch: „Ich finde aber doch, daß der Kleine jetzt seinem Papa recht ähnlich ist.“ Mutter (deren Gatte sehr häßlich ist): „Ja, ja — leider.“ Versuch: „Das heißt — ich glaube aber, daß sich das wieder vermehrt!“

schließlich der sofortigen Repatriierung der Burghers und der Freilassung der Gefangenen; Wiedereinsetzung oder Entschädigung der Beamten der früheren Republik; Entschädigung für alle Verluste infolge des Krieges; Wiedereinsetzung der Eigentümer der beschlagnahmten Farmen in ihr Besitztum; Bezahlung der geschuldeten Verpflichtungen der Republik einschließlich der während des Krieges eingegangenen; Annullierung der geplanten Einverleibung eines Gebietsteils in Natal; Verlängerung der Frist für die Bezahlung der den Burghers gegenüber den Regierungen der Republik obliegenden Verbindlichkeiten; Sicherung der Vorteile des Artikels 10 der Uebergabebedingungen für die Burghers. Die Burengenerale protestierten endlich gegen den Zwang, den Unterhanenid abzulegen.

Chamberlain drückte sein Erstaunen über Zahl und Charakter dieser Vorschläge aus; er meinte, daß die Bedingungen, die zu Vereingung garantiert worden seien, an Grobmut in der Geschichte nicht ihres Gleichen hätten. Die Vorschläge der Buren würden ein vollständig neues Uebereinkommen erforderlich machen, das in vielen Punkten dem unterzeichneten Abkommen widersprechen würde. Es sei mit seiner Pflicht nicht vereinbar, in eine Besprechung solcher Vorschläge einzutreten. Es stehe nicht in seiner Macht, von neuem über Punkte, die bereits erledigt seien, zu verhandeln.

Botha erwiderte, die Bedingungen für die Uebergabe seien den Buren in der Weise gestellt worden, daß sie sie nur im ganzen annehmen oder ablehnen konnten. Zu dem Zwecke, weiteres Blutvergießen zu vermeiden, hätten sie die Bedingungen angenommen, aber sie seien entschlossen gewesen, sobald als möglich um Milde zu bitten. Sie hätten sich auf die Versicherungen von Milner und Kitchener verlassen, daß, wenn sie die Bedingungen annähmen, es ihnen nicht verweigert sei, als Unterhanen zu erreichen zu suchen, daß der König auf sie Rücksicht nehme in allen Angelegenheiten, die ihnen als den Unterhanen in den neuen Kolonien zum Schaden gereichen könnten. Milner und Kitchener hätten versprochen, für eine Amnestie zu wirken. Die Burengenerale forderten kein neues Abkommen, sondern ersuchten als Unterhanen ihren König um Anhörung ihrer Wünsche. Chamberlain sprach darauf sein Bedauern aus, daß die Burengenerale nicht auf die Bedingungen eingegangen seien, keinen Versuch zu einer neuen Erörterung des Abkommens von Vereingung zu machen. Botha gab die Erklärung ab, daß die Buren sich dieser Bedingung unterwerfen wollten.

Bei der sich anschließenden offiziellen Besprechung hieß Chamberlain die Burengenerale willkommen. Botha stellte in Abrede, daß auf Seiten der Buren die Absicht bestehe, die Uebergabebedingungen zu ändern. In seiner Antwort führte Chamberlain aus, die Untersuchungskommission für den Krieg werde nicht alle Verurteilungen einer Nachprüfung unterziehen, in denen die Straffreiheit noch nicht abgelaufen sei, sie werde nur in jenen Fällen, die einer Revision bedürfen, eine neue Untersuchung anstellen; in den übrigen Fällen werde sie lediglich die Frage erwägen, ob man die Verurteilten zum Erlaß der ganzen Strafe oder eines Teiles derselben empfehlen könne. Botha erklärte sodann, daß die Nichterteilung der Amnestie bei Gelegenheit der Krönung sie enttäuscht habe, da Kitchener versprochen habe, diese der Regierung zu empfehlen. Chamberlain erwiderte, daß in dem ihm zur Verfügung stehenden Material nichts darauf Bezügliches enthalten sei. Die Regierung wolle irgend welchen edlen Absichten der Regierungen der Kapkolonie und von Natal hinsichtlich der Behandlung der Aufständischen nicht entgegenstehen. Botha erklärte, er wünsche nur, daß Grobmut alle in den Stand setze, in Frieden in Südafrika zu leben. Chamberlain sagte in seiner Erwiderung auf Bothas Erklärung, es werde sich keine Schwierigkeit gegen die Rückkehr derjenigen Gefangenen erheben, die ehrenhaft und ehrlich seien, niemand dieser Art würde unfreundlich behandelt und an der Rückkehr verhindert werden. Chamberlain bestritt ferner die Richtigkeit der Meldung der Blätter, Milner beabsichtige, die Farmen der Burghers zu verkaufen. Botha sprach sein Mißfallen darüber aus, daß die National Scouts in die Kommission ernannt wurden, welche die bewilligten drei Millionen Pfund Sterling verwalten solle. Hierauf entgegnete Chamberlain, die National Scouts seien in keinem größeren Prozentsatz in der Kommission als die anderen, die Regierung müsse sich über denjenigen gegenüber, die sie unterstützt hätten, ehrlich erweisen, und fügte hinzu, die in Natal zurückbleibenden Buren würden nicht niedergelassen werden. Das Kriegsrecht werde nicht lange aufrecht erhalten werden. In Bezug auf die Witwen und Waisen habe die Regierung jede mögliche Anstrengung gemacht. Schließlich wies Chamberlain auf die Politik des Vergehens und Vergessens dringend hin. Der Krieg sei jetzt vorbei, und England wünsche, die Buren als Angehörige desselben Staates mitarbeiten zu sehen an der Wohlfahrt und an der Freiheit Südafrikas. Der Beginn der Selbstregierung hänge von der Schnelligkeit ab, mit der die alte Antipositiv absterbe. Die Regierung wünsche, daß kein Teil gänzlich unvertreten sei, und verlange nur, daß die neuen Staatsangehörigen ihr auf halbem Wege entgegen kämen. Damit schloß die Besprechung.

Nachträglich wird zu diesem Bericht noch gemeldet: Indem Chamberlain bestritt, daß Milner die Farmen der Burghers zu verkaufen beabsichtige, bemerkte er, daß es der Regierung gestattet sein müsse, für öffentliche Zwecke bestimmtes Land gegen Zahlung der vollen Entschädigung in Besitz zu nehmen. Er verwies dabei auf die in England und Neuseeland bestehenden Gesetze, wo die Ortsbehörden gegen Zahlung des vollen Preises Landstriche aus einem größeren Grundbesitz erwerben könnten, um kleinere Besitztümer zu schaffen. Sollte aber solch ein Gebietserwerb geplant werden, so würde die Absicht jedermann bekannt gegeben werden, bevor sie durchgeführt werde.

Deutsches Reich.

Auch ein Fortschritt.

Die Organe der Scharfmacher belinden fortgesetzt eine unbändige Freude über den Staatsstreich, den Herr Crüger unter dem lebhaften Beifall seines Specialfreundes Eugen Richter in Kreuznach verübt hat. So meint die Schleifische Zeitung, mit dieser rettenden That stürze das ganze schöne Karlsruhaus der Mauerungstheorie zusammen. Man werde sich gelegentlich daran erinnern, daß die freisinnige Mehrheit in Kreuznach durch ihr Vorgehen die Behandlung der Sozialdemokratie als eine Machfrage funktioniert habe.

An dem Fortschrittscharakter des edlen Freisinn ist danach kein Zweifel mehr möglich. Zur Zeit des Sozialistengesetzes funktionierte er wenigstens nur nachträglich die Behandlung der Sozialdemokratie als Machfrage, indem er 1884 die Verlängerung des Sozialistengesetzes durchsetzte. Jetzt liefert er den Scharfmachern schon praktisch das Rezept zu neuen Sozialistengesetzen.

Berlin, 11. September. Die Minister des Innern und für Handel und Gewerbe wünschen im Anschluß an die im November v. J. über die Lage des Arbeitsmarktes angestellten Erhebungen vor Eintritt des Winters über die augenblicklichen Verhältnisse des Arbeitsmarktes unterrichtet zu werden. Ein bezüglicher Erlaß ist an die Regierungspräsidenten gerichtet worden, welche die Landräte ihrer Bezirke, die Bürgermeister der größeren Städte, die Handelskammern, die Gewerbeinspektoren um Anfertigung ersucht haben. Insbesondere sei darzulegen, ob und in welchen Industriezweigen inzwischen Arbeiterentlassungen eingetreten oder infolge des Arbeitsmangels Feiertage oder Kürzungen der täglichen Arbeitszeit eingeführt seien und ob eine Zunahme oder Abnahme der Arbeitslosigkeit für den kommenden Winter im Vergleich zum Vorjahre zu erwarten sei. Weiter sei zu erörtern, ob und inwiefern etwa in günstiger Lage befindliche Industrien in der Lage sein würden, den aus anderen wegen Arbeitsmangels ausbleibenden Arbeitern Beschäftigung zu gewähren und welche Maßnahmen von den Gemeinde- und weiteren Kommunalverbänden, sowie von den Arbeitgeber in Staats- und Privatbetrieben, von Vereinen und Privatpersonen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ergriffen worden seien.

Die Notwendigkeit der Strafrechtsreform. Auf dem 28. deutschen Juristentag, der gegenwärtig in Berlin tagt und 1200 Besucher vereint, hielt in der Abteilung für Strafrecht Geh. Justizrat Prof. Dr. Rahl-Verlin das Referat zum ersten Punkt der Tagesordnung: Ist eine Revision des Strafgesetzbuches in Aussicht zu nehmen? Der Bericht erstatter betonte die Notwendigkeit der Revision des Strafgesetzbuches. Die heutige Straftat der Majestätsbeleidigung sei in hohem Grade geeignet, das monarchische Ansehen zu schwächen. Das Gesetz müsse dahin eine Änderung erfahren, daß nur solche Majestätsbeleidigungen bestraft werden, bei denen ein öffentliches Interesse nachweisbar sei. Außerdem dürften Majestätsbeleidigungen nur auf Antrag einer Zentralbehörde verfolgt werden. Ferner müsse die Bestrafung wegen des Zweikampfes eine Veränderung erfahren. So lange im Strafgesetzbuch die Ehre nicht als höchstes Gut angesehen werde, werde man dem Zweikampf nicht Einhalt thun. Es sei auch notwendig, bei Bestrafung des Zweikampfes nach dem Anlaß der Herausforderung zu fragen. Ebenso notwendig sei eine Veränderung wegen Bestrafung von Vergehen gegen die Religion. Der § 166 des Strafgesetzbuches sei in der ausgeprägtesten Zeit der religiösen Streitigkeiten im 10. Jahrhundert entstanden. § 166 entspreche daher nicht den heutigen Verhältnissen; der Redner empfahl ferner die Beschränkung der Eide, eine Reform der Bestrafung der Sittlichkeitsverbrechen, und bezeichnete es als notwendig bei der Strafzumessung dem Richter einen nicht zu großen Spielraum zu lassen. Die Prügelstrafe bei Jugendlichen sei höchstens als Disziplinarmittel beizubehalten. Dr. Redner empfahl schließlich eine Reihe von Leitlinien, die im wesentlichen lauten:

Die Revision des deutschen Strafgesetzbuches vom 15. Mai 1871 ist eine dringende, aber nicht drängende Aufgabe der Reichsgesetzgebung.

Am Inhalte dieser Revision beteiligt sich der Deutsche Juristentag in der Weise, daß er Leitlinien zunächst über diejenigen Fragen zu gewinnen sucht, welche nach ihrer zentralen Stellung oder prinzipiellen Bedeutung im wissenschaftlichen und volkstümlichen Sinne die wesentlichsten Probleme der Strafrechtsreform darstellen. Dahin gehören mindestens und notwendig:

1. Die strafrechtliche Behandlung der jugendlichen Personen.
2. Die strafrechtliche Behandlung der geistig Minderwertigen.
3. Die strafrechtliche Behandlung von Rückfall und gewerbmäßigem Verbrechen.
4. Die richterliche Strafzumessung (verbunden mit der strafrechtlichen Behandlung des Versuches).
5. Das Strafmittelgefähren.
6. Der Strafvolzug (einschließlich wiederholter Prüfung der bedingten Verurteilung und bedingten Begnadigung).

Kammergerichtsrat Dr. Kroneder-Berlin macht eine Anzahl ergänzender Bemerkungen. Ganz besonders bezeichnet er eine Veränderung der Strafbestimmungen in betreff der Bestrafung für notwendig. Der Zustand, daß man wegen Bestrafung bestraft werden könne, weil man einem Schutzmann etwas schenke, wenn er einen Haß bringe, ja, daß man selbst bestraft werden könne, wenn man einem Schlafwagen-Kontrollleur ein Trinkgeld gebe, sei doch kaum noch haltbar. Justizrat Dr. Wegh-Münchberg wies auf den Mißbrauch hin, der mit der Vereidigung getrieben werde. Wer in der Praxis stehe und sehe, wie täglich ganz besonders im Zivilprozeßverfahren Eide herabgeschworen werden, der werde sagen müssen: Das entspreche nicht dem göttlichen Gebot: Du sollst den Namen Gottes nicht mißbrauchen. Der Antrag des Geh. Justizrats Professors Dr. Rahl gelangte schließlich mit der Maßgabe zur Annahme, daß in dem ersten Leitsatze die Worte: „aber nicht drängende“ zu streichen sind.

rw. Kommunalpolitik. Die Stadtverordnetenversammlung in Forst i. L. stimmte am 10. September mit 18 gegen 7 Stimmen dem Dringlichkeitsantrage der sozialdemokratischen Stadtverordneten zu, der den Magistrat auffordert, mit der Versammlung gemeinsam beim Landwirtschaftsminister die Aufhebung der Grenzperre für Vieh zu verlangen. Es haben acht bürgerliche Stadtverordnete für den Antrag gestimmt, während seiner Zeit für den Protest gegen die Erhöhung der Getreidezölle nicht eine Stimme der Bürgerlichen zu haben war. Der Magistrat hüllte sich in Schweigen.

Im Gemeindefollegium von Fürth beantragte, wie uns unser g.-Korrespondent schreibt, der Gemeindevollmächtigte Genosse Born, sich mit den städtischen Kollegien Nürnberg in Verbindung zu setzen, damit in beiden Städten die Aufhebung der städtischen Aufschläge in die Wege geleitet werde. Der Antrag wurde mit 14 gegen 13 Stimmen abgelehnt. Dagegen stimmten, mit zwei Ausnahmen, sämtliche demokratischen Mitglieder.

Ein „Wahlkampf“ ohne Gegner. Aus Mannheim schreibt uns unser badischer g.-Korrespondent vom 10. September: Die demnächst hier stattfindenden Gewerbegerichtswahlen sollten erstmals nach dem Proportionalssystem stattfinden. Dasselbe war auf das eifrige Betreiben der christlichen Gewerkschaften eingeführt worden, denen es nicht gelungen war, bei der bisherigen Majoritätsvertretung neben den freien Gewerkschaften eine Vertretung zu erhalten. Seit Monaten hatten sie nun für die Wahlen agitiert, ihre Anhänger zur Einzelwahl in die Wählerlisten aufgefordert, mit Zeitungsaufstellungen und Flugblättern dafür gearbeitet, und heute nun, wo die Frist zur Einreichung der Kandidaten-Vorschlagsliste abgelaufen ist, stellt es sich heraus, daß sie die Einreichung einer solchen — vergeblich haben! Der Vorschlag der freien Gewerkschaften ist jetzt

also ohne Gegner, und wenn nicht noch besondere Umstände eintreten, beschränkt sich die Arbeit der Wahlkommission am 22. September darauf, die Liste der Gewerkschaften als einstimmig gewählt zu erklären. Im Interesse der praktischen Erprobung des Proportionalstems ist die Vergleichlichkeit der Christlichen, denen zum Schaden der Spott natürlich nicht erspart bleibt, lebhaft zu bedauern.

Vom Danziger Kriegsgericht kauft einmal wieder eine Meldung ein, die beweist, daß der Kampf der Behörde noch ungeschwächt fortdauert. Ein Bescheid des Regierungspräsidenten, der unserem Genossen Sellin in Danzig zugegangen ist, lautet:

Die Beschlüsse vom 6. Juli d. J. über das Verbot des hiesigen Polizeipräsidenten betreffend die Benutzung des Lokales Brodhäuserstraße Nr. 11 zu Versammlungen der Zahlstelle Danzig des Centralverbandes der Zimmerer Deutschlands welche ich nach Prüfung des Sachverhalts als unbegründet zurück. Bei voller Berücksichtigung (1) des gesetzlich gewährleisteten Versammlungsrechts war der Erlass des Verbots zur Benutzung des genannten Lokales erforderlich, da nach den Vorgängen in den daselbst am 26. Juni dieses Jahres und am 8. Juli d. J. abgehaltenen Versammlungen als feststehend erachtet werden muß, daß einerseits der zu Versammlungszwecken benutzte Raum seiner Beschaffenheit nach den überwachenden Polizeibeamten nicht ausreichende Garantien für die Möglichkeit der Aufrechterhaltung von Ruhe, Sicherheit und Ordnung in erregten Versammlungen bietet, andererseits die Konzeptionsinhaberin, Frau Juliana Berger, bei diesen Gelegenheiten die vorgekommenen Ausdrückungen nicht zu verhindern im Stande oder gewillt gewesen ist, noch in Zukunft solchen vorzugehen gesonnen sein wird. Der von Ihnen vertretenen Zahlstelle muß es hiernach überlassen bleiben, für ihre Versammlungen bis auf weiteres ein anderes Lokal zu benutzen.

Polizeiliche Maßnahmen. Ueber ein Vorkommnis, das in der Ortschaft Weesow bei Weer große Unruhe hervorgerufen hat, wird folgendes bekannt: Eine hochgeschätzte Persönlichkeit, der Schiffsrheder Schwere, Polizeioberwachtmeister und Experte des Germanischen Lloyd für die Provinz Groningen (Holland), wurde plötzlich durch drei Gendarmen in seiner Wohnung verhaftet. Die Vorgesichte des Falles ist in kurzem die folgende: Schwere hatte den am Orte stationierten Gendarmen Spott auf Grund einer verletzenden Aeußerung wegen Verleumdung verweigert. Zufälligerweise hatte der Kläger mit zwei Personen, die seitens des Gendarmen als Zeugen benannt waren, Gespräche geführt, die auf den kommenden Prozeß Bezug nahmen. Der genannte Gendarm hat hieraus sofort „Verunsicherung seiner Zeugen“ und „versuchte Verleitung zum Meineid“ gefolgert, worauf er ohne Haftbefehl der Staatsanwaltschaft im Beisein des Gendarmen Oberwachmeisters und eines anderen Gendarmen zur Verhaftung schritt. Dem Schwere wurden die Hände kreuzweise gefesselt. Erst auf dringende Vorstellungen seinerseits wurde ihm gestattet, einen Rock anzulegen und Schuhe anzuziehen. Der Verhaftete verlangte Stellung eines Wagens auf seine Kosten; nach Zurücklegung des halben Weges nach Weer durch Ortschaften, in denen jedermann Schwere kennt, wurde zum Weitertransport ein Wagen beschafft. Die linke Hand schwach durch Reizen an der mit der Fessel verbundenen Kette hat an, so daß Schwere auf der Stelle verblühten wurde. Schwere wurde nach stillgebakter Vernehmung durch den die Aufsicht führenden Richter des Amtsgerichts Weer sofort auf freien Fuß gesetzt.

Neue politische Nachrichten. Laut telegraphischer Meldung aus Kingston berichtet der dort aus Kolumbien eingetroffene deutsche Dampfer Valencia, daß in Santa Marta vom Freitag bis zum Montag ein heftiges, hartnäckiges Gewitter stattgefunden hat. 100 Mann der Regierungstruppen seien gefallen, die Eisenbahn sei zerstört, und schreckliche Greuelthaten seien begangen worden. Die Valencia mußte ohne Ladung in See gehen. — Die Regierung der Vereinigten Staaten will es nicht zulassen, daß die Anordnung der haitianischen Regierung betreffend Schließung gewisser von der Partei des Präsidenten Firmin besetzten Häfen, den Handel mit diesen Häfen löse, wenn nicht die haitianische Regierung entgegen der Insurgenten vertritt oder eine effektive Blockade aufrecht erhält. — Bei einem von dem japanischen Minister des Auswärtigen in Yokohama veranstalteten Festmahle rühmte der chinesische Prinz Tsai-shun, der China bei der Krönung Eduards vertreten hat, das Verhalten Japans während der Krise von 1900; er hob hervor, daß Japan und China durch enge Bande verknüpft seien, und sagte, er sei überzeugt, daß beide Nationen in Zukunft zusammengehen und ihre Bemühungen vereinigen würden, um Afriens Wohlfahrt wieder herzustellen. — Der Vertreter des haitianischen Rebellen Firmin hat in der Newyork Tribune ausgeführt, die Beschlagnahme der Marcomannia sei auf Grund eines haitianischen Gesetzes erfolgt, welches den Küstenhandel und Waffentransport von einem Hafen nach dem anderen verbiete. Absicht des Panthor sei es nur gewesen, die Sache Firmin zu schädigen, weil dieser eine Frankreich und Amerika freundliche Politik einschlagen würde. — Die serbische Regierung hat wegen der verletzenden Kundgebungen gegen Serbien und König Alexander bei den Agrarer Treffen Vorstellungen beim Wiener auswärtigen Amt erhoben.

Frankreich.

Von der Ziviljustiz. — De Montebello.

(1) Paris, 9. September. Nach dem standalösen Militärgerichtsurteil von Nantes sieht die Militärjustiz wieder einmal auf der Armenüberbank. Die sozialistische und demokratische Presse verlangt von neuem ihre Abschaffung, und selbst der Tempel, die „zur Zeitung genordene Bourgeoisie“, muß über dem Urteil von Nantes herzdrehend stöhnen: „Kein guter Tag für die Disziplin, noch auch für die Armee!“

Ziel weniger beschäftigt sich die linksstehende Presse, die Antenne ausgenommen, mit der Haltung der Ziviljustiz gegenüber den Merkmalen Kravallmachern und Gesetzesverletzern überhaupt. Es zeigt sich, daß die bürgerliche Klassenjustiz die Merkmalen Fraktion der herrschenden Klassen entschieden begünstigt. Die Interessen dieser Fraktion erscheinen ihr offenbar dem Bourgeoisinteresse schlechthin viel näher als die Interessen der zur Zeit regierenden Antiklerikalen.

Die bretonischen und anderwärtigen Abreißer von Amts-siegeln, sowie die wort- und thatkräftigen Belästiger von Schup-männern und Gendarmen werden mit lächerlich geringen Geld-bußen bestraft, die obendrein ihnen auf Grund des Gesetzes der „bedingten Verurteilung“ erlassen werden. Dieselbe Günst-wird den Angeklagten erwiesen, die zu ein paar Tagen Gefängnis verurteilt werden. Es fehlt auch nicht an glatt freisprechenden Urteilen. Sonst aber hagelt es bekanntlich wegen der gleichen Vergehen Wochen und Monate Gefängnis, selbst wenn es sich nicht etwa um streikende Arbeiter handelt.

Das Appellgericht von Lyon hat auf die Beschwerde der weltlichen Strohmänner der Kongregationen gar der Regierung das Recht aberkannt, Antisiegel an den gesetzlich geschlossenen Kommenschen anzulegen. In Dünkerque hat dann ein erstinstanzliches Gericht das Erkenntnis von Lyon ausdrücklich mit juristischen Gründen bekämpft. Ferner wurden gewisse Bestimmungen des Vereinsgesetzes gegen die Bechtätigkeit von

Mitgliedern aufgelöster Wundschorden, namentlich der Jesuiten, in einigen Fällen von Merkmalen Richtern cynisch mißachtet. Das Militärgericht von Nantes hat im Grunde nur mit soldatischer Barschaft in die Schilderhebung gegen die antiklerikale Regierung eingegriffen, an welcher sich die Ziviljustiz mit launischer Vorsicht beteiligt.

Gerade dieser Tage benutzt die den Merkmalen so gnädige Ziviljustiz wieder einmal die Gelegenheit, ihr zweites, strenges Gesicht den Arbeitern zu zeigen. In Decazeville, wo die Metallarbeiter im Streik stehen, wurde der Gewerkschaftssekretär Taillefer verhaftet und, in Handschellen gefesselt, nach Villefranche transportiert. Grund: er hat in Ausübung seines gesetzlichen Rechtes einem Polizeikommissar den Eintritt in eine Gewerkschaftsversammlung verweigert und dessen gewalttames Eindringen durch Gewalt zu verhindern gesucht. Das Gesetz der Gewerkschaft um provisorische Postenstellung ihres Sekretärs wurde natürlich abgeschlagen. Taillefer hat ja keine Merkmalen Barrikaden errichtet, nicht mit pfäfflich segneten Unratskübeln gegen die Gendarmen gekämpft.

Graf de Montebello, der bisherige französische Volskhafter in Petersburg, frontiert gegen die Regierung. In einer Petersburg Depesche an den Newyork Herald und im Merkmalmonarchistischen Gaulois verkündigt er der Welt seine Unzufriedenheit. Seit elf Jahren Volskhafter und genehme Person in Petersburg, hielt er sich für eine unentbehrliche Säule der Allianz. Er hat denn auch sich geweigert, seine Pensionierung zu verlangen, und er mußte gegangen werden, nachdem die Regierung endlich gemerkt hatte, daß er bei der Zarenregierung Privatopposition gegen die innere Politik seiner eigenen Regierung treibt. Auf seine indiskreten Beschwerden über seine Pensionierung antwortet ihm nun „eine der autorisiertersten Personen“ im ministeriellen Matin: „In Herrn de Montebello hatten wir den Volskhafter gewisser französischer Parteien. Herr Pompadour (sein Nachfolger) wird der Volskhafter der französischen Republik sein.“ Herr Graf muß es ganz arg getrieben haben, wenn ihn selbst ein Delcassé nicht mehr duden mochte.

Rußland.

Studentengerichte. — Aus der Mandtschurei.

Der Petersburg Regierungsbote veröffentlicht zeitweilige (!) Bestimmungen über die Disziplinargerichte an allen Hochschulen, die dem Unterrichtsministerium unterstellt sind. Danach sollen diese Gerichtshöfe aus Professoren zusammengesetzt sein und es sollen ihrer Kompetenz unterliegen die in Hochschulen begangenen Mißhandlungen, die Streitigkeiten zwischen Studenten und Professoren oder Beamten der betreffenden Hochschule sowie gewisse Vergehen der Studenten.

Allen solchen Bestimmungen fehlt natürlich jegliche verfassungsmäßige Sicherheit, man macht's „zeitweilig“ so und „zeitweilig“ anders. Die administrative Abtötung mißliebiger Personen, durch die jederzeit die gerichtliche Erledigung eines Falles im Sinne der absolutistischen Laune torrigiert werden kann, macht überhaupt alles russische Gerichtsweisen zur leeren Komödie.

Nach aus der Mandtschurei in Peking eingelaufenen Nachrichten machen die Russen keine sichtbaren Anstalten, den südvostlichen Teil der Provinz Muden innerhalb der im russisch-chinesischen Vertrag festgesetzten Zeit von 6 Monaten zu verlassen. Eine große Menge russischer Truppen und Einwanderer kommt mit der sibirischen Bahn in das Land, verläßt daselbe aber nicht wieder. Der in der Mandtschurei befehligende russische General setzte den russischen Gefandten in Peking, Dessar, davon in Kenntnis, daß die chinesische Regierung englische Beamte, welche dem kaiserlichen Golddienst angehören, zur Wieder-aufnahme des Postdienstes entsende. Der General erhebt gegen die Anwesenheit von Fremden in der Mandtschurei während der Dauer der militärischen Besetzung Einspruch. Dessar riet ihm daraufhin, sie summarisch auszuweisen.

Ein Telegramm aus Tientsin vom 10. September meldet: Oberst Baron Köpp, Direktor der mandtschurischen Eisenbahn, General Volkoff, stellvertretender Gouverneur in Abwesenheit des Generals Alexieff, sowie der russische Kommandant der Provinz Muden, sind in Angelegenheit der Zurückziehung der Truppen und Rückgabe der Schanhaiwan-Eisenbahn nach Peking gereist. Dieselben werden wahrscheinlich von der Kaiserin-Witwe in Audienz empfangen werden.

V. Verbandstag des Verbandes der Verwaltungsbeamten der Ortskrankenkassen und Berufsgenossenschaften.

11. Hannover, 10. September 1902.

Anwesend waren 26 stimmberechtigte Abgeordnete sowie eine Anzahl Delegierte als Zuhörer und die Vorstandsmitglieder. Der Vorsitz führten Prinz-Cottbus und Küpper-Köln. Der Vorsitzende Prinz, gleichzeitig Redakteur des Verbandsorgans, hatte in einem Artikel, betitelt: Unser Verband in Gefahr, eine so heftige Sprache gegen sozialdemokratische Bestrebungen im Verbandsorgan geführt, daß das Gefühl vorherrschte, der Verbandsleiter habe wollen mit dem Schwingen des „roten Lappens“ die Aufmerksamkeit der Delegierten von dem Hauptthema ab in ein anderes Fahrwasser lenken. Diese Stimmung machte sich denn auch gleich bei der Eröffnung des Verbandstages geltend. Nicht weniger wie vier volle Stunden wurden mit den Eröffnungsformlichkeiten und Geschäftsordnungsdebatten zugebracht, wobei der Vorsitzende Prinz die allerseinstärksten parlamentarischen Regeln nicht zu kennen schien. So sei nur kurz erwähnt, daß man sich vorstandsseitig ganz entschieden gegen die Ernennung einer Mandatsprüfungskommission wandte und eine unendliche Zeit debattierte über die Zulassung des Vertreters des Centralvereins der Bureauangestellten, Rieger-Span-dau, als Gast. Vier Abgeordnete waren statutenwidrig einfach vom Vorstand bestellt, anstatt von den Bezirksgruppen gewählt zu werden. Gopp-Frankfurt a. M. hatte nicht unrecht, als er meinte, die Verhandlungen des in der Bildung am niedrigsten stehenden Arbeiterverbandes ständen haushoch über dem Niveau des Verbandstages der Herren Verwaltungsbeamten der Ortskrankenkassen etc.

Nachdem dann schließlich die Beratung der Tagesordnung vor sich ging, zeigte es sich, daß der Vorstand bezw. der Vorsitzende Prinz alle Ursache hatte, die korrekt gehaltenen Anträge und Kritiken der Opposition, die man als die „sozialdemokratische Richtung“ bezeichnete, zu fürchten. Am schärfsten gingen Giebel-Magdeburg, Cohn-Berlin und Gopp-Frankfurt a. M. mit dem Vorsitzenden ins Gericht. Auf dem letzten im Jahre 1900 in München abgehaltenen Verbandstage ist unter anderem der Vorstand beauftragt, Schritte in die Wege zu leiten gegen das System der Pauschalzahlung. Der Antrag ist nicht ausgeführt, weil der Vorsitzende inzwischen zu der Ansicht gekommen ist, daß man erst die eventuellen Verbesserungen der in Aussicht stehenden Krankenkassenabwärtigen abwarten müsse. Schließlich liegt es mit der Ausführung von Beschlüssen, die sich auf die Abschaffung der Sonntagarbeit, Erhebung von Minimalgehältern etc. beziehen. Nach

des Vorstandes Ansicht hat man das Hauptgewicht auf die Unter-stützungseinrichtungen und sonstige soziale „Wohlfahrts-einrichtungen“ zu legen und im übrigen ist Herr Prinz der Ansicht: „Bes Brot ich esse, des Lied ich singe“; denn — man darf doch die Mitglieder nicht zur Unbotmäßigkeit erziehen! — In sachlicher Weise, aber in scharfer Form führte demgegenüber in längerer Rede Giebel-Magdeburg aus, daß nicht die sozialen „Wohlfahrts-einrichtungen“, sondern die wirtschaftliche Zurechtfertigung der Zweck des Verbandes sei und daß der Vorsitzende für die Ausführung der Verbandsbeschlüsse zu sorgen habe ohne Rücksicht auf andere persönliche Liebhaberereien. Auch Cohn-Berlin geht mit dem Vorstande scharf ins Gericht, erörtert eine Menge Einzelheiten und fordert eine Veränderung des ganzen Verwaltungssystems. Im Gegenfah zu dem jaghaften Laute müsse es ausgesprochen werden, daß der Verband aggressiv vorzugehen habe. Die Zusammenkunft des Vorstandes müsse eine andere werden, damit der Vorstand aktionsfähiger werde. Insofern hatte nun Prinz recht, als er einen Teil der Schuld auch auf die Mitglieder abzuwälzen suchte, die mit der bisherigen Leitung einverstanden gewesen waren. Heydolph-Hamburg meinte nun zwar, man müsse dem Versuche, den „sozialdemokratischen Zug“ in den Verband zu bringen, ganz energisch entgegenzutreten, denn noch die Kritiker in der Minorität, aber schließlich kam doch dieser „sozialdemokratische Zug“ schon in die Verhandlungen, das heißt: nach und nach wurde wenigstens ordnungsgemäß verhandelt. Die Glättung der Wogen der Erregung war indes nur von kurzer Dauer. Bei Beratung des Antrags auf Anschluß des Verbandes an die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands entkamme der prinzipielle Kampf von neuem. In möglichst ungeschickter Weise operierte auch hierbei wieder der Vorsitzende. Unter anderem meinte Herr Prinz: „Was soll denn die Regierung unter dem Namen der Trades Unions stände, sei er sofort für Anschluß, aber so! — Man solle die Krankenkassenabwärtigen abwarten. Natürlich hatten die Befürworter des Antrags es leicht, die Einwände zu widerlegen. Giebel-Magdeburg, Jörg Giebel-München, Cohn-Berlin, Braun-Königsberg und Waffion-Strasbourg besorgten dies auch recht gründlich, indes waren Grün-de nicht maßgebend für die Abstimmung, sondern die vorgefasste Meinung, die durch Illig-Nieska und den Hamburger Delegierten Heydolph so schön zum Ausdruck kam, daß man ja „noch die Majorität“ habe. Der Hinweis Giebels auf die taktische Unklugheit der Erdrosselungspolitik durch Majorisierung, die Hinweis der sämtlichen Berliner Delegierten und anderer darauf, daß die in den letzten Jahren eingetretenen Verbesserungen fast lediglich auf Konto der Unterstützung durch die Gewerkschaften zu setzen seien, die eindringlichen Ausführungen Brauns, daß die Massenbeamten es nicht mit der Regierung zu halten hätten, sondern mit der organisierten Arbeiterkraft, alles das scheiterte an der „noch vorhandenen Majorität“, die von einem Anschlusse an die „sozialdemokratische“ Generalkommission nichts wissen wollte. Mit 18 gegen 10 Stimmen wurde der Anschluß abgelehnt.

Indes trotz dieses „Sieges“ dürfte der Ausgang des Verbandstages der „noch vorhandenen Majorität“ doch wenig gefallen. Die scharfe Kritik der Haltung des Verbandsvorsitzenden Prinz hatte diesen so arg mitgenommen, daß er auf eine Wiederwahl sowohl als Vorsitzender wie als Redakteur verzichtete; namentlich schmerzte es ihn, daß seine Freunde ihn nicht heraus-hauten; seinen „prinzipiellen Gegnern“ nahm er die Vertretung ihrer Anschauungen weniger übel. Und so wurde dann der schärfste Gegner des bisherigen Vorsitzenden, Giebel-Magdeburg, zum Verbandsvorsitzenden und Wendlandt-Magdeburg zum Redakteur des Verbandsorgans gewählt. Als Vorsitzender des Ausschusses wurde Ulrich-Frankfurt a. M. bestimmt, und als Schatzmeister wurde Fahr-Leipzig einstimmig wiedergewählt. Leipzig wurde auch als Sitz des Verbandes bestimmt. Der nächste Verbandstag soll in Breslau abgehalten werden.

Bemerkt sei noch, daß ein Antrag zur Annahme gelangte, die Aufnahme in Zukunft auch auf die Beamten der Innungs- und freien Hilfskassen, mit Ausnahme der nicht berufsmäßig thätigen Massenbeamten, ausgedehnt zu werden.

Aus Sachsen und den Nachbargebieten.

Auf eine Besserung im sächsischen Kohlenbergbau glaubt die Arbeitsmarkt-Korrespondenz schließen zu können. Das Blatt schreibt nämlich:

Seit Beginn des Monats August haben die Fehlersichten alle aufgehört; Ueberstunden zur Förderung werden allerdings noch nicht nennenswert verfahren. Die Löhne sind indessen eher weiter gesunken. 350 Mt. Hauerlohn ist zur Zeit ein „hoher Lohn“; zahlreiche Arbeiter erzielen aber nur das „blanke Schicht-lohn“ (280 bis 3.— Mt.). Arbeiterentlassungen sind, abgesehen von Einzelfällen, seit Monaten nicht mehr zu verzeichnen gewesen. Der Mitgliederstand der Knappschaftspensionenkasse ist stabil, ein Beweis, daß die im Frühjahr d. J. und im vorigen Winter erfolgten Belegschaftsreduzierungen noch nicht ausgeglichen sind.

Selbst wenn man die Angaben der Arbeitsmarkt-Korrespondenz als bare Münze hinnehmen wollte, beweisen sie nichts für eine dauernde Besserung. Das beweist die Statistik über die Kohlentransporte auf den sächsischen Staatsbahnen. Danach wurden im Monat August d. J. insgesamt 905 553 Tonnen Kohlen (d. h. gegen den gleichen Monat des Vorjahres 26 234 Tonnen weniger) befördert. Von der Gesamtmenge entfielen an Tonnen auf sächsischen Steinkohlen aus den drei Bezirken Zwickau, Lugau-Deßnitz und Dresden 281 530 (+ 1668) und auf sächsische Braunkohlen 34 755 (+ 1649). Während also die Gesamtmenge der transportierten Kohlen nicht unwesentlich gesunken ist, ist das Gewicht der beförderten sächsischen Kohlen gesunken. Der vermehrte Absatz sächsischer Kohlen ist vielleicht auf Manipulationen der sächsischen Produzentenvereinigungen zurückzuführen.

Müglitz, 10. September. Die hiesige Ortskrankenkasse hielt eine außerordentliche Generalversammlung ab, die von 21 stimmberechtigten Vertretern sowie zahlreichen Mitgliedern besucht war. Die Veranlassung zu dieser Versammlung bot der ungünstige Stand der Kasse. Was den Verfallenen berichtet wurde, war in der That auch dazu angethan, aufs peinlichste zu überraschen, denn augenscheinlich weist die Kasse eine Schuldenslast von etwa 11 000 Mt. auf. Im Laufe der Verhandlung, wobei der derzeitige Vorstand durch einen provisorischen ersetzt wurde, kamen diverse Meinungsäußerungen zur Geltung. Zum Schlusse fiel die Entscheidung dahin aus, daß nicht eine aus sechs Personen bestehende Kommission für die Abwicklung der weiteren Geschäftsführung und zur Führung der Rassenwirtschaft wählte, die dann beschloß, den bisherigen Kassierer J. vorläufig von seinem Amte zu suspendieren. Bezüglich der Honorierung der Ärzte erklärte Dr. med. Heidelberg namens seiner Kollegen, daß sie bereit seien, in Rücksicht auf den ungünstigen Stand der Kasse vorläufig ihr 20 Prozent Rabatt zu gewähren. Schließlich wurde der vorbezeichneten Kommission empfohlen, sich sofort mit der Amtshauptmannschaft in Verbindung zu setzen.

Dazu eine Beilage.

Total-Ausverkauf

wegen **Geschäftsaufgabe u. Wegzuges.**

Ich verkaufe zu jedem annehmbaren Preise und mache auf diese nie wiederkehrende Einkaufsgelegenheit ganz besonders aufmerksam. (Ladeneinrichtung billig abzugeben.) **Emil Lichtenstein, L.-Plagwitz, Zschochersche Str. 32.**

Wein ganzes Lager, bestehend aus: [6826]
Herren-Garderobe, Arbeiter-Kleider
Schuhwaren
sowie für Damen, Herren und Kinder
muss in ganz kurzer Zeit geräumt sein.



Allerfeinste Tafelbutter. Täglich frisch eintreffend.
In zirka 600 Verkaufsstellen erhältlich. Heutiger Preis 68 Pfg. per Stück.

Bettstelle mit Matraze
Schränke
Vertikos
Kommoden
Küchenschränke
Sofas
Divans
Chaiselongue
Spiegel
Kinderwagen
Uhren
Regulateure
5806] mit **5 Mark** Anzahlung nur bei

S. Osswald
Königsplatz 7, I.
vis-à-vis der Markthalle.

Gebrauchte Möbel billig. Eisenstr. 59, pt.

Billiger wie überall!

Ich kann es! Komplette Braut-Ausstattungen auf Abzahlung

von Mark 1.50 pro Woche an.
Bei 20 Mark Anzahlung

- | | |
|---------------------|-----------------|
| 2 Bettstellen | 1 Tisch |
| 2 Matrasen mit Keil | 1 Spiegel |
| 1 Sofa | 1 Küchenschrank |
| 4 Stühle | 1 Küchentisch |
| 1 Kleiderschrank | 1 Küchenstuhl |

Große Auswahl Bettstellen und Matrasen, Schränke, Vertikos, Kommoden, Sofas, Divans und Garnituren u. s. w. schon von 5 Mark Anzahlung an.

Gedöhte Auswahl in Anzügen und Ueberziehern für Herren und Knaben Damen-Konfektion und Kleidern Kleiderstoffen, Gardinen, Teppichen und sämtlichen

Manufakturwaren.
Uhren und Regulateure.
Kinderwagen.

N. Fuchs

Möbel- und Ausstattungs-Geschäft
Leipzig, Kurprinzstr. 13, I.

Jeder erhält Kredit.

Schmiede.

Sonnabend den 13. September abends 7/9 Uhr Mitglieder-Versammlung

im Coburger Hof, Windmühlenstraße.
Tagesordnung: 1. Die Verteuerung der Lebensmittel und die Stellung der Gewerkschaften dazu. Referent: **E. Grenz.** 2. Bericht und Neuwahl der Bezirkskommissioner. 3. Gewerkschaftliches. [8157]
Nachtreichem Besuche sieht entgegen

Nähe Münzberger Str. **Restaurant Quetsche** Sebursg-straße 70.
Empfehle meiner geehrten Nachbarschaft, Freunden und Gönnern mein originelles Kneiplokal. Zum Ausklang gelangt Lagerbier aus der Brauerei F. A. Ulrich, echt Bayerisch u. Gose. Warme u. kalte Speisen zu jeder Zeit. Rühmliche Unterhaltung. Aufmerksamste Bedienung.
Um gütigen Zuspruch bittet **Edwin Fischer.**

ff. Gänse
pfundet jeden Freitag u. Sonnabend aus [8174]
August Schneider
Kleinschöcher, Albertstr. 12.
Morgen früh große Zufuhr
Schellfisch, Cablian, Seelachs
à Pfund 15, 18 und 20 Pfg.
O. C. Matthes, Lindenau
Merseburger Str. 69.
10-12 Str. Birnen u. Äpfel abzugeben
Kleinschöcher, Marktaufnäher Str. 27.

Die echte und beliebteste
Waldmeister-Cigarette
ber Cigarettenfabrik Tama, Dresden,
ist überall zu haben, und wende man sich wegen Errichtung weiterer Depots an die Geschäftsstelle: Leipzig, Grimmische Str. 31.

Kartoffel-Ausgabe.
Runde welche rauchfähige Kartoffeln werden täglich (Sonntags von 11 Uhr an) ausgegeben an der Merseburger Straße über der zweiten Bahn. à Kiste 1 Mark. [7806]
Rittergut Gundorf.

Konsumverein für Gantzsch u. Umg.

E. G. m. b. H.
Sonntag den 21. September 1902 nachmittags 1/3 Uhr
General-Versammlung
im Saale von Matthais Gasthof in Gantzsch.

Tagesordnung:
1. Geschäftsbericht und Vorlegung der Jahresrechnung sowie Mitgliedsprechung derselben. 2. Vortrag des Revisionsberichtes. 3. Ergänzungswahl des Vorstandes. 4. Neuwahl von zwei Aufsichtsratsmitgliedern und drei Geschäftsführern. 5. Antrag laut Beschluss der Generalversammlung vom 10. März 1902: Sonntagssadenbeschluss vom 1. Oktober ab betreffend. 6. Ausschuss von Mitgliedern nach § 4 Absatz c des Statuts. 7. Vträge der Mitglieder nach § 44 des Statuts (dieselben sind fünf Tage vorher schriftlich beim Vorstand einzureichen). 8. Verschiedenes. [8100]
 Zutritt nur gegen Vorzeigung der Legitimationkarte.
Der Aufsichtsrat.
F. A. W. Thomas, Vorsitzender.

Achtung, Glaser.

Sonnabend den 13. Sept. abends 7/9 Uhr
Öffentliche Versammlung
in der Flora, Windmühlenstraße.

Tagesordnung: 1. Vortrag über: Die Entwicklung der Organisation und des Tarifes. 2. Gewerkschaftliches. Die Wichtigkeit der Tagesordnung macht es einem jeden Kollegen zur Pflicht, pünktlich zu erscheinen.
[8161] **Die Lohnkommission.**

Naturheilverein Rötha.

Freitag den 12. Septbr. abends 7/9 Uhr im Saale der drei Haken: Vortrag über Lungenkrankheiten. Eintritt frei. Gäste willkommen.
Donnerstag den 18. September: Mitglieder-Versammlung. D. B.

Der schönste
Anstrich
geht verloren, wenn Thüren und Fenster mit scharfer Lauge abgewaschen werden. Darum nehmt immer **Dr. Thompson's Seifenpulver** mit dem SOHWAN.
Das ist bequemer als alle Seifen und macht den Anstrich wie neu.
Man verlange es überall!

Cigarren, Cigaretten
und Tabak empfiehlt [5727]
E. Kriebler, L.-Plagwitz
Zschochersche Straße 50.
NB. Abonnements auf die Volkszeitung werden jederzeit entgegen genommen.

Konkurs-Möbel-Verkauf
der
Thilo Dobischschen Konkursmasse.
Von jetzt ab kommen nebst anderen Möbeln, kompl. Ausstattungen im bisherigen Verkaufskatalog Schönefeld, Leipziger Str. 89, zu festgesetzten Kassapreisen zum Verkauf-Transport frei. Verkaufte Möbel können kostenlos stehen bleiben.

Eugen Unger
Dresdener Strasse 45.
Verlauf u. Rep. gewissenh. u. billigst.

Hermann Baumann
2 Südstrasse 2
macht Freunde u. Genossen auf seine sollten Arbeitslosen und Jacken für Maurer, Zimmerer, Schlosser etc., Sohuhe, Stiefel und Filzwaren aufmerksam. [7511]

Ans Sachsen und den Nachbargebieten.

König Georg hält sich in diesen Tagen in Chemnitz auf, zum erstenmal seit seiner Thronbesteigung. Die Chemnitzer Behörden, Korporationen und die Bourgeoisie haben ihm einen über alle Massen glänzenden Empfang bereitet, die Stadt ist großartig geschmückt. Am Mittwochabend waren die Straßen illuminiert und gegen 9 Uhr defilierte vor dem Hotel Römischer Kaiser, dem Absteigequartier des Königs, ein Fackelzug, den die Bürgergarde vorausführte und an dem ca. 10000 Fackelträger mit 18 Musikcorps teilnahmen. So schwam ein König in Chemnitz in Glanz und Wonnen, der neue König hat überwältigende Beweise von der berühmten Sachsenfreue erhalten.

Das ist das Chemnitz in den Königstagen. Der Glanz und die Begeisterung, die sich hier zeigten, waren aber nur schwache Ländchen. Das Chemnitz, das sich hier im hellsten Glanze zeigte, ist das alte Chemnitz, das sächsische Manchester, in dem die Kräfte am empfindlichsten sich bemerkbar gemacht, die Arbeitslosigkeit einen erschreckenden Umfang angenommen hat, die Löhne bis auf ein Minimum herabgedrückt worden sind und das Unternehmertum den Arbeitern seine Heberlegenheit in brutaler Weise fühlbar macht. Heute (Donnerstag) wird der König eine Reihe Fabriken besichtigen, um sich von Sachsens Gewerbestand zu überzeugen. Er wird durch lustige, saubere Räume geführt werden und nur schmucke Arbeiter sehen. Morgen wird es in den Fabriken wieder seinen alten Gang gehen und in dumpfen Arbeitsräumen werden sich die Arbeitsbiene quälen für Löhne, die ihnen kaum das nackte Leben zu fristen gestatten. Was wird König Georg sehen von der wirklichen Lage der Arbeiter, wird „man“ ihm zeigen, wie das Arbeitsvolk unter der gegenwärtigen Arbeitslosigkeit und Fleischnot leidet, wird man dem König einen Blick in den Kolk der Arbeiter thun lassen? Von alledem wird König Georg nichts erfahren, das wahre Chemnitz hat er nicht gesehen — es waren Botenklische Dörfer, die man dem König vorgeführt hat. Doch halt! Heute soll auch eine Speisung der Armen stattfinden. Natürlich, Chemnitz, die große Industriestadt, hat auch ihre Armen und die Bourgeoisie muß doch zeigen, daß sie für die Armen der Armen etwas thut. Eine Betteltruppe, wie gut und liebevoll doch unser Bürgerthum ist. König Georg hat in diesen Tagen einen Glanz gesehen, wie ihn eine reiche Bourgeoisie nur je entfaltet hat, ihre Dichter haben den König Dithyramben gesungen, wie sie überschwinglicher nicht erzeugt werden können. Das wirkliche Chemnitz zeigt jedoch ein anderes Bild, und dies findet seinen Ausdruck in der Reichstagswahlstatistik. Bei der letzten Reichstagswahl wurden 24000 sozialdemokratische Stimmen gegenüber etwa 14000 bürgerlichen Stimmen gezählt. Wenn der Fünftelwahl der Königsstube voraussetzt ist, wird sich Chemnitz wieder zeigen als das, was es wirklich ist, als eine Industriestadt, in der die Klassengegensätze in schärfster Weise zum Ausdruck kommen, es wird sich zeigen als eine Hochburg moderner Besinnung.

Der Blut- und Brand-Artikel des konservativen Vaterland, in dem das Zusammenbrechen der Thron- und das allgemeine Chaos angekündigt wird, ist in der sächsischen konservativen Presse mit verlegener Schwelgen aufgenommen worden. Die bündlerische Deutsche Tageszeitung in Berlin, in der der bekannte Dertel seine Kapriolen ausführt, findet das Phantasieprodukt des Vaterlandredakteurs dagegen „höchst bemerkenswert“ und widmet ihm folgende Gesellschaftere:

Man täusche sich nicht! Die Füße der Thronen stehen nur fest, so lange sie in dem gewachsenen Boden des Bauernthums und des Mittelstandes wurzeln. Das ist keine rhetorische Phrase, wie man wohl gesagt hat, sondern eine geschichtlich bewiesene, unwiderlegliche Wahrheit.

Das Vaterland überliefert sich mit seinen schwülstigen Tiraden selbst dem Spott der Lächerlichkeit und der Dertel der Deutschen Tageszeitung steigt freiwillig auf das Niveau des sächsischen Vaterland herab. So unglücklich fade sind die Auslassungen des Vaterland, daß sich selbst ein Blatt wie die Kreuzzeitung veranlaßt sieht, sie zurückzuweisen. Die Kreuzzeitung rühmt die Treue des preussischen Bauernstandes und verwahrt ihn vor dem Gedanken, als könne er sich je bereit finden lassen zu einer Vereinigung mit dem Proletariat der Städte zu revolutionärem Vorgehen. Der preussische Bauer mache seine Königstreue nicht abhängig von seinem wirtschaftlichen Gedeihen. Zum Schluß hat das Blatt:

Kleine Chronik.

Leipzig, 11. September.

Theaternachrichten. Neues Theater. Freitag: Die lieben Feinde. Sonnabend: Die Hugenotten. — Altes Theater. Freitag: Der Kellermeister. Sonnabend zum erstenmal: Der Heerohme, Drama in fünf Akten von Joseph Lauff.

Für Sonntag ist im Neuen Theater Nicolais Oper Die lustigen Weiber von Windsor angelegt. — Im Alten Theater findet nachmittags 1/2 3 Uhr eine Aufführung von Otto Ludwigs Trauerspiel Der Erbfolger statt für den Leipziger Arbeiterverein, der über sämtliche Blätter verfügt, weshalb ein Kassenverkauf nicht eröffnet wird. Abends 7 Uhr geht die Operette Wiener Blut in Scene.

Leipziger Schauspielhaus. Die erste Wiederholung der Eröffnungsvorstellung findet am Freitag statt. Es dürfte somit den vielen Theaterbesuchern, die zu der ersten Vorstellung kein Billet bekamen, Gelegenheit gegeben werden, von derselben sobald eine Wiederholung zu sehen. Sonnabend geht wieder Dreyers Schauspiel der Probekandidat in Scene, und am Sonntag erscheint bereits die zweite Kopie, Stablers historisches Lustspiel Siglitz, das bereits mit großem Erfolg die Freunde über fast sämtliche Bühnen gemacht hat. In Vorbereitung befinden sich Paul Lange und Lora Parsberg von Hordenen, der Einakterchus Lebendige Stunden von Schnitzler, Theodora von Sardou u. s. w.

Leipziger Schauspielhaus. Die Eröffnung der neuen Bühne, welche der zeitgenössischen Kunst und einem wohlthätigen Realismus zu dienen beabsichtigt, hat sich am Mittwoch vor einem fast bis auf den letzten Platz besetzten, geschmackvoll renovierten Hause mit allem Pomp vollzogen. Der Weisheit des Hauses gönne die Besetzung der Rollen von Margarete Basche meisterlich gesprochenen Folge, der nicht nötig gehabt hätte, auf die Gekleidete des bis zum Ueberdruß abgedroschenen Wahrheit — Marcell — Meines zu treten, da er über eigene wohl formulierte Gedanken verfügte und unumwunden aussprach, man hoffe, indem man den jungen Kräften die Bühne öffne, endlich auch den Dichter zu finden, der der Gegenwart ihren künstlerischen Spiegel vorhalte. Den in diesem Prolog gegebenen Beschreibungen gemäß fanden hierauf Wallensteins Lager von Schiller und Die Geschwister von Schopenhauer eine höchst erfreuliche Wieder-

Wir halten es für ganz ausgeschlossen, daß der konservative Landesverein im Königreich Sachsen mit dem Artikel seines offiziellen Organs einverstanden ist. Denn solche Worte soll ein konservativer Mann gar nicht denken, geschweige drucken lassen.

Das Vaterland wird sich unter dieser Abfuhr sehr unbehaglich fühlen. Vielleicht wird es sich aufrufen und die Kreuzzeitung darauf hinweisen, daß schon vor Jahren preussische Junker, wie Herr v. Rupprecht-Kausen, der Regierung ihren Uebertritt zur Sozialdemokratie angedroht haben, wenn man ihnen nicht den Willen thue. Das Vaterland wird vielleicht auch aus aller und neuer Zeit eine Reihe Belege dafür beibringen, daß dem Junkertum der ganze Monarchismus schnuppe ist, wenn die Regierung es nicht vermag, ihnen durch allerlei Liebesgaben auf Kosten des Volkes die Taschen zu füllen. Schwer wird es dem Vaterland allerdings fallen, wenn es versuchen wollte, eine Stille für seine Drohung zu finden, daß die Landbevölkerung mit dem Proletariat der Städte zu revolutionärem Thun gemeinsame Sache machen könnte. Denn unter Landbevölkerung versteht das Vaterland doch das Junkertum, das das Volk durch hohe Abgabe auszuwuchern will. Das Proletariat der Städte würde sich für einen solchen Bundesgenossen höchstens bedanken. Dagegen selbst auch das Landproletariat unter den Annahmen der Junker; dieses sehnt sich ebenso wie das Proletariat der Städte nach Befreiung von dem Druck der Junker. Wenn einst das ländliche Proletariat über seine Lage im Klaren sein und mit den Industrieproletariern gemeinsame Sache machen wird, dann wird es auch mit der Herrschaft des Junkertums vorüber sein. Nicht vor dem Chaos, vor dem Ende der Welt stehen wir dann, sondern vor einer neuen Gesellschaftsordnung, die keine Ausbeutung und Herrschaft und Unterdrückung kennt. Man sieht, welche Verwirrung in konservativen Hirnen angerichtet werden kann, wenn die Raffinerie der Junker nicht befriedigt werden kann.

Dresden, 10. September. Ein Sittenbild. Vor der 3. Ferienkammer des hiesigen Landgerichts begann am Dienstag ein großer Sensationsprozeß gegen nicht weniger als 15 Frauen und Mädchen wegen verurtheter Abtreibung und Weisheit dazu. Die Verhandlung fand unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt. 14 der Angeklagten befinden sich auf freiem Fuß, während die Hauptbeschuldigte, die frühere Bekannte Kolosche geb. Michan, aus der Untersuchungshaft vorgeführt wurde. Die letztere soll das „Handwerk“ plan- und geschäftsmäßig betreiben und damit nicht unerhebliche pekuniäre Vorteile erzielt haben. Es wird sogar behauptet, daß die Kolosche ein ordentliches „Tagebuch“ über ihre „Geschäftsverbindungen“ geführt haben soll. Die Kolosche erhielt 4 Jahre Zuchthaus und 10 Jahre Ehrverlust. Die übrigen Angeklagten wurden zu Gefängnisstrafen von 2 bis 4 Monaten verurteilt.

Bautzen, 10. September. Die sächsischen Schuldirektoren haben in den letzten Tagen hier eine Konferenz abgehalten. Nach der Tagesordnung haben sie auch über Punkte von allgemeinem Interesse verhandelt, jedoch haben sie es, wie die Sittener Morgenzeitung meldet, vorgezogen, hinter verschlossenen Thüren zu verhandeln und auch die Presse auszuschließen. Diese Scheu der Herren vor der Öffentlichkeit ist höchst sonderbar, aber sie erscheint um deswillen erklärlich, weil in Vorkreisen an den Sonderbestrebungen der Direktoren schon oft eine scharfe aber durchaus berechnete Kritik geübt wurde.

Ueber das Vermögen der Baugener Genossenschaftsbank, eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung, ist das Konkursverfahren eröffnet worden.

Zwickau, 10. September. Am Montag fand hier eine Protestversammlung gegen die Fleischvertheuerung statt. An das Referat, das Genosse Grenz, Leipzig, übernommen hatte, knüpfte sich eine lebhaft diskutierte, worauf eine Protestresolution angenommen wurde, die auch der Reichsregierung, der sächsischen Regierung und den städtischen Behörden Zwickaus übermitteln werden soll. In der Diskussion ergriffen auch einige Fleischmeister das Wort, die sich vollständig auf den Standpunkt des Referenten stellten. Herr Fleischmeister Hörnig erklärte sein Einverständnis mit den Ausführungen des Referenten und konstatierte, daß infolge der auch die Fleischer schädigenden hohen Fleischpreise die Arbeiter fast gar kein Fleisch mehr kaufen könnten. Es thut uns Fleischer das Herz weh, wenn wir sehen, wie Arbeiterkinder zu uns kommen und für 5 Pfg. Tag und 9 Pfg. Wurst kaufen. Früher wurde noch Fleisch gekauft, das aber hat aufgehört. Die Grenzsperrung und der

damit verbundene Viehmangel haben diese unwürdigen Zustände herbeigeführt. Das sei nun so arg geworden, daß für den Arbeiter das Fleisch und die Wurst nur noch Arzneimittel seien. (Stürmischer Beifall.) Fleischmeister Homyer giebt seiner Freude darüber Ausdruck, daß endlich die Fleischer aufgerüttelt seien. Der Zwickauer Fleischerverband habe seit Jahren um Aufhebung der Grenzsperrung petitioniert, allein die Petitionen seien in den Papierkorb der Regierung gewandert. Und doch sei in Sachsen das gute Fleisch so rar. Die Fleischer hätten sich „Blutblasen lausen“, um z. B. einen guten Ochsen aufzutreiben. Und trotz der „senckenabhaltenden“ Grenzsperrung gäbe es gerade in Sachsen ungeheuer viel krankes Vieh, während das österreichische nicht nur billiger, sondern auch viel besser sei, „wie Butter, so schön und so weich“. — Wenn nur die Fleischer wirklich durch die gegenwärtige Fleischnot aufgerüttelt würden. Auf dem Standpunkt des Herrn Homyer stehen jedenfalls nicht allzu viele Verwandschaften.

Plauen, 10. September. Gegen zwei hiesige Bauunternehmer ist, nach dem Vogtländischen Anzeiger, vom Räte auf Vorschlag des Baupolizeiausschusses die Bestimmung des § 151 des allgemeinen Baugesetzes für das Königreich Sachsen vom 1. Juli 1900 in Anwendung gebracht worden. Nach dieser Bestimmung kann die Baupolizeibehörde im Einzelfalle solche Personen als Bauleiter oder als Bauausführende zurückweisen, hinsichtlich welcher Thatsachen vorliegen, aus denen sich ergibt, daß sie wegen Unzuverlässigkeit oder Mangels an Sachkunde zur Leitung des beschriebenen Baues ungeeignet sind.

Kleine Nachrichten aus dem Lande. Mit einem Tag Gefängnis hat eine Rentnerbeirathin in Meerane ihren Aberglauben beseitigen müssen. Die Frau litt an einer Flechte, die für eine Handelsfrau vertreiben wollte, und zwar mit einem Stück Fleisch, das aber gestohlen sein mußte. Dies glaubte die Frau und deshalb stahl sie bei einem Fleischmeister ein Stück Schweinefleisch im Werte von 60 Pfg. Der Diebstahl kam zur Anzeige und die leichtsinnige Frau wurde vom Schöffengericht zu einem Tag Gefängnis verurteilt. — In Leuba bei Dörflich waren die vom Ausflug heimkehrenden Kinder eben vor dem Schulhause vom Leiterwagen abgestiegen, als ganz plötzlich ein schon gewordenes Pferd mit Wagen daher gerannt kam und in die Kinderstube hineinfuhr. Ein vielstimmiger Entschensdret ertönte und im Nu lag eine große Anzahl Kinder umgerissen zu Boden. Glücklicherweise ist der Unfall noch verhältnismäßig günstig abgelaufen, indem nur sechs Kinder mehr oder weniger verletzt wurden. — Der Gutsbesitzer Ernst Gustav Reinhold aus Sachau bei Plauen ist auf der sächsischen Straße Elsterberg-Neichstau mit seinem Geschirre verunglückt. Reinhold fuhr mit seiner vierjährigen Tochter, seiner Schwiegermutter Christliche verwitwete Horlbeck und einem siebenjährigen Knaben aus Neichstau in einer mit einem Pferde bespannten Kutsche nach Neichstau zu. Sein Pferd schaute unterwegs und ist einen 5-6 Meter tiefen Abhang hinunter gesprungen. Hierbei ist die Kutsche umgefallen und es sind sämtliche Anassen unter sie zu liegen gekommen. Reinhold hat sich beide Fußgelenke verstaucht, seine Tochter ist an den erlittenen Verletzungen noch am selben Tage verstorben, die verw. Horlbeck hat ein Handgelenk gebrochen und das andere verstaucht, außerdem hat sie innere Verletzungen erlitten, so daß an ihrem Aufkommen zweifelhaft ist. Nur der Knabe ist mit leichten Verletzungen davon gekommen. — Aus Dresden wird berichtet: Oberingenieur Hartmann aus Hamburg jagt sich gestern bei einem Brande auf der Pumpstation der Deutsch-amerikanischen Petroleumgesellschaft hierher, welcher einen geringen Sachschaden verursachte, schwere Brandwunden zu und ist gestern abend im Krankenhause seinen Verletzungen erlegen.

h. Gera, 11. September. Die etwa 20 Personen, die hier am Typhus erkrankt waren, sind zum größten Teil bereits wieder hergestellt. Die Erkrankungsursache ist noch nicht ermittelt, doch hat der Stadtrat beschlossen, daß die Fußwasserleitung nicht mehr in die Häuser bezw. Küchen geführt werden darf, wie bisher. Man erwartet eine Verfügung des Stadtrates, daß in alle Wohnungen Quellwasserleitungen einzuführen seien.

Erfurt, 10. September. Am Montag früh trat Genosse Thienst eine Gesamtstrafe von 7 Monaten Gefängnis an, die er sich für eine Thätigkeit an der Tribüne von 1 1/2 Monaten zugezogen hat. Unser hiesiges Parteiblatt schreibt dazu: „Unser bedauerlicher Kollege trat im Dezember vorigen Jahres in die Redaktion der Tribüne ein und erhielt seine drei Strafen schon für „Thaten“, die alle im Januar d. J. begangen wurden. Es sind ihm also für „Strafthaten“, begangen in 1 1/2 Monaten, sieben Monate Gefängnis und 100 Mk. Geldstrafe zubilligt worden. In der That: auch ein Rekord. Nun hat unser

gab. Für das Lagerleben der Wallensteinschen Soldateska haben uns die Weininger ein Vorbild gegeben, das nicht zu überzumpfen sein dürfte. Vielleicht waren sie in Monturen und Rüstungen noch etwas filigranter und „schöner“, als die Krüge der Herrn Anton Hartmann; dagegen schienen uns die herborragenden Figuren des Stücks noch besser besetzt zu sein, als unter Chronos Regie. Ganz vortrefflich waren der Wachtmeister und der Trompeter Jean Hofmanns und Robert Forst, der erste Soliflörige Jäger Max Brüllner, der wallonische Kürassier Hans Marx, der Kapuziner Arthur Eggeking und die Marschbenderin Martha Fernoffs. Die Natürlichkeit und Schlichtheit der Sprechweise scheint für das Ensemble die oberste Richtschnur zu sein; man häßt sich, jedes Wort zu unterbrechen und ermüdet sich so eine große Mannigfaltigkeit und Abwechslung im Ton, die besonders der klassischen Kapuzinerpredigt zu statten kam; selbst die Witze und Wortspiele wurden als momentane Inspirationen behandelt und konnten auch so eine volle Wirkung erzielen, eine vollere vielleicht, als wären sie angestrengt herausgearbeitet und koloriert worden. — In den Geschwistern zeichneten sich Hans Marx und Julia Sieger aus; wir haben das kleine Stück noch nie so gut gesehen, es dürfte aber auch schwer sein, eine liebenswürdigere, innigere und doch in jeder Hinsicht natürliche Marianne zu finden. Dieses unser Urteil wurde durch viermaligen lebhaften und alleseitigen Hervorruf bestätigt, und das will bei einem so bekannten Stück schon etwas sagen. Auch dekorativ war die Zeit des Stücks scharfsinnig, wenn auch ohne großen Aufwand, gewahrt — es genügt ja dazu ein paar eingerahmte Silhouetten und ein paar Raffelbilder an der Wand. Das Hauptinteresse des Abends konzentrierte sich naturgemäß auf die Robotte, auf die Ruhmlose in Helben von Paul Wuffen. Wer den Meister von Palmira gesehen hat, wird es verstehen, daß uns das Personenverhältnis des Vorspiels: Der Tod, der Schlaf, vier Schatten und ein Dichter, ein geliebtes Grauen verurtheilte, diese Personen stehen aber in einer so engen und natürlichen Verbindung mit der Grundidee, daß man sie folgerichtig kann. Die Schatten von vier rühmlos gefallenen Helden, die der Tod an dem Dichter vorbeiziehen läßt, bitten diesen, sie nicht zu vergessen; was sie gethan, können sie nicht sagen und auch der Tod will nicht sprechen, der Schlaf aber legt dem Dichter seinen eigenen Kranz aufs Haupt und zeigt ihm im Traum, was diese vier namenlosen Schatten im Leben Heldenhaftes gethan.

Es sind vier Walladenstoffe, die untereinander eng verwandt und doch äußerlich grundverschieden sind, die aber nicht zu Walladen, sondern infolge ihres starken dramatischen Kerns zu kleinen Schauspielen gestaltet werden und von denen wenigstens die drei ersten eine starke poetische Wirkung erzielen. In dem ersten dieser dramatisch gestalteten Traumbilder opfert sich ein Araber, Scheik für den geliebten Fremde, der ihm einst das Leben gerettet. Sie sind beide gefangen und werden wegen Tributverweigerung seitens ihrer Stämme von Rusch Bey zum Tode verurteilt, aber dann infolge begnadigt, als nur einer sterben soll, während der andere zu den Seinen zurückkehren darf. Das Los soll entscheiden, Rusch Bey wünscht Hassan zu retten und verzät ihm, welches Los das des Todes ist, aber Hassan ist der Stärkere und weniger ein Leben hängende — er wählt, um den Freund zu retten und ihm „Leben um Leben“ zu geben, das schwarze Los. Wir hören, ehe der Vorhang sich teilt, den Gesang eines Kamelreiters, später die Stimme eines Wurzins; das Ganze wahrhaft das orientalische Lokalfolorit in höchst eindrucksvoller Weise. Im zweiten Bilde: Die Flüchtlinge, verschafft eine junge russische Malerin ihrem Bruder und ihrem Verlobten Ausweispapiere für den Hafen, ermöglicht so ihr glückliches Entkommen aus Väterchens Reich und befreit sie, die einer verbotenen Studenteneinbindung angehört haben, vor der Verhaftung nach Sibirien; sie hat ihrem Hausvater, der ihr die Papiere verschafft, als Preis sich selbst versprechen müssen, ersticht sie aber, als sie die Flüchtlinge gerettet weh und preßt den herzlosen Schurken so um seinen Lohn. — Im dritten Bilde: Coeur-Dame, werden wir in das Frankreich der Revolutionszeit versetzt. Ein junger Mann, der Geliebte einer verheirateten Frau, läßt sich in seinem Versteck, ohne einen Laut von sich zu geben, der die Geliebte kompromittiert hätte, durch den Gatten, der Verdacht geschöpft hat und seiner Frau eine Probe seiner Schlichtheit geben will, erschließen und rettet so Ruf, Ehre und Leben der an einen Trunkebold Verheirateten. Das vierte Bild: Morgenrot, reißt sich leider seinen Vorgängern nicht würdig an — ein deutscher Bauer führt, vom ganzen Dorfe für einen bestochenen Verräter gehalten, eine Abteilung napoleonischer Soldaten in eine Mauerfalle, in eine Fehge im Gebirge, in der sie sämtlich zu Grunde gehen müssen; er sagt ihnen das kalt ins Gesicht und läßt sich von ihren Bejüngten durchbohren und sein Geldstück soll nun darin bestehen, daß er in den Augen seiner geliebten Kinder ein Verräter am Vaterland bleibt, weil

Kollege sieben Monate, den ganzen Herbst und Winter hindurch hinter den dicken Mauern für Thaten zu büßen, die in den Augen der Arbeiterschaft keine Straftaten sind. Das ist das Schicksal, das die sozialdemokratischen Redakteure nach den Angaben gemüßigt hinterm Ofen hochender bürgerlicher Zeitungsredakteure führen. — Wir wünschen unserem Kollegen, daß er die schwere Prüfung mit verhältnismäßig gelinder Schädigung an Körper und Geist überstehen möge."

Der Bauarbeiterschuß und der Gerüstesturz in Schönefeld.

Mit diesem Thema beschäftigte sich gestern Abend eine nach dem Pantleon einberufene öffentliche Maurerversammlung in u. g. Das Interesse, das die Bauarbeiter an diesem Thema haben, konnte nicht besser als durch den außerordentlich starken Besuch der Versammlung bewiesen werden.

Aus den Ausführungen des Referenten, des Genossen Weher, sei hier folgendes wiedergegeben: Bei näherer Betrachtung des Unglücks müsse man auf den Gedanken kommen, daß hier nicht alles in Ordnung sei. Hier erklärt man nicht, daß die Sache im öffentlichen Interesse liege. Würde man sich besser um solche Fälle kümmern, dann wäre es auch mit dem Schutze der Arbeiter besser bestellt und die Unglücksfälle würden nicht von Jahr zu Jahr steigen. In den letzten 10 Jahren sind infolge von Unfällen 80 000 Tote und 1 850 000 Erwerbsunfähige zu verzeichnen gewesen. Besser noch als die Fürsorge für die Verunglückten sei das Bestreben, die Unglücksfälle überhaupt zu vermeiden. Man sagt, daß viel eigene Schuld und Leichtsinn der Arbeiter zu den Unfällen führe; nach einer Aufstellung des Reichsversicherungsamtes wird aber angenommen, daß von 92 Fällen erst ein Fall auf die eigene Schuld der Arbeiter zurückgeführt werden könne. In der Zeit, wo das Submissionswesen zum Nutzen geworden ist, müssen sich die Unfälle mehren. Keine Sühne, und sei sie noch so hart, könne die Folgen aus der Welt schaffen, wenn nicht die Ursachen beseitigt werden. Der Redner bemerkt sodann, daß er allein den Unfallbau besichtigt habe und nicht, wie er nach den Berichten über die Schönefelder Versammlung geglaubt haben soll, in Gemeinschaft mit mehreren Maurern. Er habe sich aber nicht auf sein eigenes Urteil allein gestützt, sondern eine Besichtigung, die am anderen Tage von Fachleuten vorgenommen wurde, habe das gleiche Resultat ergeben. Wie in der Schönefelder Versammlung, giebt der Referent eine nähere Schilderung über die Beschaffenheit des Gerüsts. Einer Bestimmung gemäß habe der Baumeister die Verpflichtung, nach jedem Sturmwind die unteren Gerüste nachzusehen. Wenn aber, wie am Schönefelder Wasserturn, keine unteren Gerüste mehr vorhanden sind, so lasse sich die Bestimmung allerdings nicht ausführen. So wie das Gerüst beschaffen war, sei eine derartige Katastrophe ganz erklärlich.

Nach den Aussagen der im Krankenhaus untergebrachten Verletzten habe man oben auf diesen überlückten Gerüst Steine auf dem Steinboden herumgeführt und diese den Maurern vor die Füße geschüttelt. Was das für Wirkungen auf das Gerüst habe, könne nur der Fachmann erkennen. Wenn das Baukommissionsmitglied Jäger in Schönefeld nach seiner Behauptung keine Ahnung von dem schlechten Gerüst hatte, so sei es doch sonderbar, daß der Polizei und der den Bau ausführende Meister über das Gerüst gesprochen haben. Die Arbeiter müssen aus dem Unfall lernen, sie müssen in erster Linie verstärken, für die bisher erhobenen Forderungen viel ernsthafter einzutreten. Die besten Unfallverhütungsvorschriften sind wertlos, wenn sie nicht genügend überwacht werden. Zur Ausübung der Kontrolle sind in ganz Deutschland 40 Beamte tätig und darunter befinden sich noch eine Anzahl Nichtfachmänner. Während sich die Verwaltungsstellen der Berufsvereinigungen auf 1 M. pro Kopf der Versicherten belaufen, betragen die Kosten der Unfallverhütung nur 11 Pf. pro Kopf. Die Unglücksfälle werden nicht beseitigt, aber sie werden herabgemindert, wenn man die Vorschläge der Arbeiter anerkennt und Forderungen, die das Wohl der Gesellschaft wollen, nicht deshalb ablehnt, weil man sie als sozialdemokratische Forderungen bezeichnet. Will etwa jemand behaupten, daß am Rathausneubau derartige Fälle nicht eintreten könnten? Auch hier mangelt es an Schutzgerüsten, die den Arbeiter, der aus der Höhe abfällt, auffangen können. Gerüste wie das des Baumeisters Enke an der Nikolaikirche treffe man nur selten an. Die Baukontrolleure müßten ihre Pflicht thun, aber bedauerlich sei es dennoch, wenn vorhandene Mängel übersehen werden. Der Rat der Stadt habe die Verpflichtung, den Wünschen der Arbeiter nachzukommen, vorausgesetzt dürfte auch die Amtshauptmannschaft, in deren Bezirk die Bestimmungen noch mangelhafter sind, auf die Vorschläge eingehen.

Es sei sehr gut möglich, daß Rat und Amtshauptmannschaft der Organisation der Arbeiter Vollmacht erteilten, um zum Zwecke der Kontrolle in den Bauten Eintritt zu erlangen, etwaige Kosten würden von den Arbeitern selbst getragen werden. In Bezug auf die Kontrolle der Unfallverhütungsvorschriften müßte mehr getan werden und hierbei müßten die Arbeiter mit herangezogen werden. Der Redner empfahl schließlich folgende Resolution zur Annahme:

er nur so seinen „patriotischen“ Voratz ausführen kann; hätte, er irgendwas ins Geheimnis gezogen, so lief er Gefahr, daß sein Plan verraten und vereitelt ward. Gespielt wurde auch dieses eigenartige Stück vorzüglich. Am Vorplatz zeichnete sich Robert Forst in der Rolle des Todes, in Leben und Leben Max Bräuner und Hans Marr als Omar und Hassan, in den Klüftlingen Emil Witz als Mikow, Arthur v. Gerwig als Feodor, Bernh. v. Wildenhain als Banja, namentlich aber Elisabeth Kirch als Olga aus; in der Court-Dame waren Lotka Mehnert als Vicomte, Margarete Frey als Nonne und Max Bräuner als Roger des uneingeschränkten Lobes wert; im letzten Wilde gab es kein richtiges „Morgenrot“, denn sowohl Napoleons Offiziere, als seine Soldaten ließen vieles zu wünschen übrig (auch in der äußeren Erscheinung) und selbst der patriotische Bauer, obwohl ihn die Offiziere für einen Helden erklärten, vermochte nicht zu zünden. Zum Schluß wurde Herr Direktor Hartmann wiederholt gerufen und man konnte ein imponantes Blumenarrangement bewundern, dessen Spender unbekannt blieben, das wir aber, um dem etwas ungewöhnlichen Vorgang die mildeste Deutung zu geben, als eine Verbeugung für ein tapferes, ehrenvolles und glückliches Fortschreiten auf der erfolgreich betretenen Bahn gelten lassen wollen. Leipzig ist groß genug, um neben dem Neuen Theater, das ja doch mehr ein Opernhaus ist, ein Schauspielhaus zu besitzen und zu erhalten; wenn es immer Gutes leistet und der Gegenwart und den jungen Talenten ihr Recht läßt, wird es immer eine wohlwollende Würdigung des Geleisteten, ja selbst schon des Angestrebten finden.
R. L. 1.

— Graf Leo Tolstoj feierte am 10. September sein 50jähriges Schriftstellerjubiläum zugleich mit seinem 74. Geburtstag. Mit Ausnähme der Nowaja Wremja wagte kein Petersburger Blatt Tolstoj's Feiertag zu berücksichtigen.

Humoristisches.

Praktische Kleidung. Pfarrer: „Ihr seid schon wieder betrunken, Huberbauer; Cure Weine schwanken ihn und her.“
Bauer: „I muß mir eben an so 'n langen Rod . . . hupp . . . wie der Herr Pfarrer laufen . . . hupp . . . der verberbt das!“
(Lustige Blätter.)

Die am 10. September im Pantleon tagende öffentliche Maurerverammlung erklärte: Der Gerüstesturz in Schönefeld ist nur die Folge einer ungenügenden Kontrolle des geltenden Bauarbeiterschutzes. Die Versammlung beschließt daher, den Rat der Stadt Leipzig sowie die Amtshauptmannschaft auf diese Mängel hinzuweisen und sind diese Behörden zu ersuchen, eine bessere und öftere Kontrolle der Bauten vorzuschreiben. Ferner beschließt die Versammlung, an die genannten Behörden das Ersuchen zu richten, daß den Vertretern der bürgerlichen Arbeiter durch die Behörden Vollmacht zur Baurevision ausgestellt werde.

Nachdem noch der Maurer Krause die Erklärung abgegeben hatte, daß er die von ihm aufgestellten Behauptungen im vollen Umfang aufrecht erhalte, nichts davon retour nehme und seine Äußerungen jederzeit verantworten werde, wurde die vorstehende Resolution einstimmig angenommen.

Damit hatte die Versammlung, die als eine gewaltige Demonstration zu Gunsten des Bauarbeiterschutzes angesehen werden kann, ihr Ende erreicht.

Gerichtssaal.

Schöffengericht.

Leipzig, 10. September.

Schlagfertige Musesöhne. Eines Abends im Januar machten der Kandidat der Medizin Wiffers und sein jetzt in Annaberg wohnhafter Freund Dr. med. Schäfer eine Winterreise. Sie landeten so gegen 3 Uhr morgens in ziemlich animierter Stimmung in der Kaffeestube der Frau F. in der Mühlberger Straße. Das Lokal war bereits leer und die Zuhaberin wollte eben schliefen, ließ sich aber doch bewegen, trotz des Kältes, den die beiden machten, ihnen noch Kaffee zu verabfolgen. Die Ermahnungen der F. zur Ruhe beantworteten sie mit Ungezogenheiten und suchten sie anzufassen. Nun forderte sie die Herren mehrmals auf, das Lokal zu verlassen, wozu sich die beiden jedoch nicht verstehen konnten; auch die Drohung, daß sie ihren Bruder zu Hilfe rufen werde, blieb ohne Eindruck. Als die beiden mittlerweile ihren Kaffee austrunk hatten, forderte die F. sie noch mehrere Male zum Verlassen des Lokals auf und sie thaten endlich auch so, als wollten sie sich entfernen. In der Eingangstür blieben sie jedoch stehen und legten den Lärm und die Alkotria mit der F. fort. Nun kam ein Bekannter der F. in Begleitung zweier anderer Personen und als diese das Lokal betreten wollten, empfingen die Madonnen den M. mit den Worten: Ah, das ist wohl ihr Bruder und was! versetzte der eine der akademisch gebildeten Herren dem M. eine schallende Ohrfeige. Nun wurde der Lärm größer und der hinzugelommene Schutzmännchen nahm die drei mit zur Wache. Aber das wollten sich namentlich die beiden „besseren Herren“ nicht so ruhig gefallen lassen und der Transport gestaltete sich für den Schutzmännchen äußerst schwierig. Unterwegs beschnitten sie abwechselnd den M. und den Schutzmännchen und traten, namentlich Schäfer, dem M. immer hinten auf die Hacken und Hosen. Der verbot sich das und so kam der Transport immer zum Stehen und nur das energische Zugreifen des Schutzmännchen verhinderte eine Prügelei. Auf der Wache haben sich die beiden „besseren Herren“ in einer Weise aufgeleitet, daß Schäfer nach seiner Namensfeststellung in das Nebenzimmer gebracht werden mußte. Dem widersetzte er sich und beleidigte den Schutzmännchen mit Nebenarten wie: Du bist ein frecher Dummel u. Wiffers meinte dann, die Sache könne nicht schlumm werden, denn sein Bruder sei hier Rechtsanwalt, der werde die Sache schon „bestimmen“. Schäfer ließ sich vom Erscheinen zur Hauptverhandlung entbinden. Wiffers, der sich und Schäfer von seinem Bruder verteidigen läßt, will sich auf nichts mehr genau besinnen können. Die Aufforderung der F., das Lokal zu verlassen, hätten sie als nicht ernstgemeint aufgefaßt. Der Schutzmännchen F. sagt aus, daß er die beiden schon eine Stunde vor der Arrestur, weil sie ruhestörenden Lärm auf der Straße verübt hätten, zur Ruhe verwiesen habe. Schäfer kenne er, denn er habe schon viermal in dieser Weise mit ihm zu thun gehabt, aber ihn nur zweimal zur Anzeige gebracht. Die Aussage Wiffers, sie seien von ihm förmlich mißhandelt worden, sei unwafr; wohl habe er sie aufgefaßt, um sie auseinanderzubringen, aber sie hätten auch nicht auf seine Ermahnungen gehört. Angetrunken waren sie, aber nicht so, daß sie nicht gewußt hätten, was sie thaten. Die anderen Beugen stellen die Sache, wie sie oben geschildert ist, dar. Der Verteidiger will sie nicht nach dem Eröffnungsbeschluss bestrafen wissen, weil sonst die ganze hoffnungsvolle Karriere und Existenz der beiden vernichtet würde. Er halte auch den gemeinschaftlichen Hausfriedensbruch durch die Verweigerung nicht für erwiesen. Das Urteil lautete wegen gemeinschaftlichen Hausfriedensbruchs auf je eine Woche Gefängnis, bei Schäfer außerdem wegen Beleidigung auf eine Geldstrafe von 30 M.

Kriegsgericht.

Leipzig, 10. September.

Nachwehen vom China-Feldzuge. Der beim 179. Regiment in Würzen dienende Kapitulant-Gewesener Friedrich Wilhelm Swersinsky aus Eisleben stand heute, der Beleidigung von Unteroffizieren in zwei Fällen angeklagt, vor dem Kriegsgericht Leipzig. Er hatte sich an zwei verschiedenen Tagen während des Dienstes auf Woche und in der Rekrutenstube recht mißlieblich über die Unteroffiziere seines Regiments geäußert und gemeint, die Unteroffiziere müßten nur einmal erst durchmachen, was er beim Militär bereits durchgemacht hätte. Dann hatte er noch beleidigende Äußerungen fallen lassen. Sw. gab zu seiner Entschuldigung an, daß er sich auf gar nichts mehr besinnen könne; wenn er die Äußerungen thatsächlich gebraucht habe, so müsse er damals wirklich geistesabwesend gewesen sein. Der Angeklagte erklärte ferner, er sei früher immer gesund gewesen. Jetzt habe er aber öfter Stechen im Kopfe und er wisse dann nicht mehr, was er thue. Diesen Zustand könne er nur als Nachwehen vom China-Feldzuge ansehen. Er habe beim Ostasiatischen Regiment gestanden und an den Kämpfen teilgenommen. Durch das ungesunde Klima und die ungeheure Hitze habe sein Geisteszustand gelitten. Er sei deshalb auch bereits in China und in Berlin auf seinen Geisteszustand hin untersucht worden. Zuletzt sei er längere Zeit in der Nervenkuranstalt zu Hubertusburg interniert gewesen. Von mehreren Zeugen wurde bestätigt, daß der Angeklagte die inkriminierten Äußerungen thatsächlich gebraucht hat. Zwei der Zeugen bekundeten, daß sie manches Mal gesagt hätten, wenn Sw. mit seinen Leistungen im Chinafeldzuge geprahlt habe, der müsse an Größenwahn leiden. Es wurde festgestellt, daß Sw. im Dienst sonst brauchbar gewesen sei und daß er den Posten des Gefreiten vom Schießlohnst sowie des stellvertretenden Korporalschaftsführers stets gut versehen habe. Der

Sachverständige Medizinalrat Dr. Wähme aus Hubertusburg betont, daß der Angeklagte mit einem schweren Nervensystem behaftet sei, das leicht in Nervenkrankheit, ja sogar in Geisteskrankheit übergehen könne. Es sei höchst wahrscheinlich, daß Sw. die beleidigenden Äußerungen im geistig unabwehrlichen Zustande ausgesprochen habe. Auf Grund dieses Gutachtens erging das Gericht zur Freisprechung des Angeklagten.

Degradierter Unteroffizier. Das Kriegsgericht Leipzig verhandelte heute gegen den in Bichtenstein geborenen Unteroffizier des Feldartillerieregiments Nr. 77, Georg Albert Thiele, der des Diebstahls in zwei Fällen und der Unterschlagung beschuldigt wurde. Der Angeklagte hatte am 27. Mai dem Gefreiten M. von der Stube ein Paar Handschuhe gestohlen. Am 3. Juli hatte Th. sich aus der Schreibstube ein Nachzeichen widerrechtlich angeeignet. Der Unterschlagung hatte Th. sich dadurch schuldig gemacht, daß er eine dem Gefreiten M. gebührende silberne Reichsdenkmünze, die er vor der Kaserne gefunden hatte, für sich behielt. Wegen dieser drei Straftaten wurde Th. vom Kriegsgericht zu fünf Wochen Mittelarrest verurteilt. Außerdem wurde auf Degradation erkannt.

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 11. September.

Metallarbeiter. Achtung! Die Arbeiter der Firma Steinfeld u. Blasberg in Hannover, Fabrik für Haus- und Küchengeräte, Fleischmaschinen, sowie Tafel- und Federwaagen, sind am 9. September ausgesperrt worden. Der Zugang von Drechern, Schlossern, Klempnern, Formern und Kernmachern, sowie hauptsächlich von Waagenjustirern nach Hannover ist streng zu vermeiden.

Wie das Schönefelder Baumglück zu Reklamezwecken ausgeben wird! Seit mehreren Tagen prangen an den Anschlagstulen der inneren Stadt große Plakate, auf denen der Verlag einer Wochenchrift, die sich nach Feierabend betitelt, bekannt giebt, daß innerhalb sechs Monaten 30 000 M. als Unfallgelde an die Abonnenten dieser Wochenchrift zur Anzahlung gelangt seien. Für wöchentlich 10 Pf. sei jeder Abonnent von nach Feierabend mit 1000 M. gegen Unfall mit idyllischem Ausgange oder gegen Ganzinvalidität versichert. „Von den in Schönefeld Verunglückten,“ so heißt es weiter, „waren folgende unsere Abonnenten: Nisipolier Karl Hillner in Stütz, Maurer A. Frißche in Eilenburg, Maurer Friedrich Pabst in Leipzig, Handarbeiter Finsel in Schönefeld, Handarbeiter Große in Schönefeld.“

It schon diese marktschreierische Reklame als wenig pietätvoll zu bezeichnen, so verdient doch das ganze Gebaren hauptsächlich um deswillen tiefer geangene zu werden, weil die auf den Plakaten veröffentlichten Angaben die Meinung hervorzuheben geeignet sind, als hätten die Hinterbliebenen der namentlich aufgeführten Verunglückten die Versicherungssumme erhalten. Dies trifft aber mindestens bei dem in Schönefeld mit verunglückten Maurer Pabst nicht zu. Dessen Hinterbliebenen erzielten vielmehr folgenden Brief:

Leipzig, 7. September 1902.

An Frau Christiane Pabst, hier

Körnerstraße 28, II. r.

Nach Einsichtnahme in die Personalien Ihres Mannes, des am 3. September 1902 tödlich verunglückten Maurers Friedrich Traugott Pabst, teilen wir Ihnen mit, daß wir in diesem Falle keine Entschädigung zahlen können.

Der Verunglückte hatte am Tage seines Todes das 65. Lebensjahr schon überschritten. Nach § 5 unserer Versicherungsbedingungen bleibt die Versicherung mit diesem Jahre nicht mehr in Kraft. Wir bedauern sehr, wenn Sie sich vergeblich Hoffnung auf die von uns sonst früher auszahlenden 1000 M. gemacht haben, müssen uns aber an unsere Bestimmungen halten, da nur auf Grund deren die Norddeutsche Versicherungsgesellschaft in Hamburg die Entschädigungen auszusahlen pflegt. Die Versicherungsbedingungen sind übrigens in den Händen jedes Abonnenten und wir setzen darauf, daß jeder hinzukommende Leser von nach Feierabend sich mit den Bestimmungen vertraut gemacht hat.

Schachtungswohl

Verlagsanstalt nach Feierabend

Gottfried Gottwald u. Co.

Auf dem am 11. August 1900 ausgefertigten Abonnementsausweis heißt es wörtlich: „Jeder Abonnent ist von der Verlagsanstalt nach Feierabend, Gottfried Gottwald u. Co., bei dem Allgemeinen deutschen Versicherungsverein in Stuttgart für die Dauer des bezahlten Abonnementsbetrags mit 1000 M. versichert.“ Wehlich lautet auch der Versicherungsschein. Nun ist kurz nach Erhebung des Anspruches der Hinterbliebenen ein neuer Prospekt zugestellt worden, der auf der vierten Seite die Versicherungsbedingungen enthält, nach welchen „alle Abonnenten unseres Blattes bei der Norddeutschen Versicherungsgesellschaft in Hamburg gegen Unfälle versichert sind.“ Allerdings schreibt der § 5 dieser Bestimmungen vor, daß Personen über 65 Jahre von der Versicherung ausgeschlossen sind. Aus den verschiedenen Schriftstücken geht hervor, daß der Verlag innerhalb der letzten zwei Jahre eine Veränderung mit den Versicherungsbedingungen und demzufolge auch mit den Bestimmungen getroffen hat. Es ist kaum anzunehmen, daß die neueren Bestimmungen dem Maurer Pabst zur Unterschrift vorgelegt worden sind, denn dann müßten die in seinem Besitze befindlichen alten Schriftstücke eingezogen sein und Pabst hätte wohl auch schwerlich die neuen Bestimmungen anerkannt, da demnach die Versicherung in seinem Alter ganz zwecklos oder überhaupt ausgeschlossen war.

So lange also der Verlag nicht in der Lage ist, einen glaubwürdigen Nachweis über das Einverständnis des Maurer Pabst zu der neuen Versicherung beizubringen, wird er sich wohl bequemen müssen, die Versicherungssumme auszusahlen. Der Verlag selbst scheint ja sich erst dann auf die Bestimmung besonnen zu haben, als der Name des Betroffenen mit unter den Verstorbenen der Schönefelder Opfer an den Plakatsäulen veröffentlicht worden war, man müßte andernfalls zu der Annahme gelangen, daß die Veröffentlichung lediglich zu dem Zwecke erfolgt sei, um die beabsichtigte Reklame um so wirksamer zu gestalten.

Wir glauben gern, daß es dem Verlag schwer fallen wird, all den Anforderungen nachzukommen, denn jeder Mensch, der nicht gerade an einer Gehirnkrankheit leidet, wird begreifen müssen, daß die Ansprüche mit den Leistungen nicht im Einklang stehen. Eben deshalb sollten aber die Arbeiter, um die es sich hierbei in erster Linie handelt und auf deren Wohl auch bei der neuesten Reklame spekuliert wird, beim Abonnement solcher Zeitschriften vorsichtiger sein.

Die Leipziger Konsumvereinstifter wollen jetzt ihr Ziel mit der Gründung einer Rabattgenossenschaft versuchen. Die Kremler hoffen dadurch die Konsumvereine bekämpfen zu können, daß sie ihren Kunden für die verkauften Waren höhere Preise abnehmen, um am Schlusse des Jahres ihnen einen ge-

wissen Rabatt gewähren zu können. Beim Publikum wird die für dies Verfahren erforderliche Gedankenlosigkeit ohne weiteres vorausgesetzt. Viel Dumme werden aber wohl kaum darauf hereinfallen, am allerwenigsten aber Mitglieder von Konsumvereinen. Denn diese wissen aus langer Erfahrung, daß sie vom Konsumverein bei marktgängigen Warenpreisen denjenigen Teil des Geschäftsgewinnes als Dividende erhalten, den der Privathändler sonst in die eigene Tasche steckt. Die Mitglieder der famosen Rabattgesellschaft wollen aber von ihrem eigenen Profit natürlich keinen Pfennig fahren lassen; im Gegenteil, sie wollen noch mehr für sich selbst „verdienen“ als bisher. Was die Kunden event. einmal als Rabatt bekommen können, haben sie den Herren Händlern vorher erst im höheren Warenpreise mehr bezahlen müssen, als es der Marktpreis erfordert hätte.

Ueber die sozialdemokratische Bürgerrechtsagitation

sehen wir in bürgerlichen Blättern folgende Schilderung, die eines heiteren Anspruchs nicht entbehrt:

Daß die Agitationsmittel der Sozialdemokratie ebenso zahlreich als wirksam sind, weiß jedermann; dennoch aber dürfte für viele die Art und Weise neu sein, wie jetzt die Genossen in Leipzig die Werbung für die kommenden Stadtverordnetenwahlen betreiben. Kam da neulich, eines Sonntags, ein jüngerer Mann zu dem Generalsekretär des nationalliberalen Landesvereins mit der Frage, ob er Abonnent der Leipziger Volkszeitung sei. Als dies bejaht wurde, forschte er weiter, ob jener auch schon das Bürgerrecht erworben hätte, und nach geschickter Verneinung setzte er dem aufmerksam Zuhörenden auseinander, daß er die Adresse aus der Abonnentenliste der „Volkszeitung“ erfahren habe und daß es jedes wahlberechtigten Abonnenten Pflicht sei, das Bürgerrecht zu erwerben und sein Wahlrecht auszuüben. Selbstverständlich hatte er sich in diesem Falle unnötige Mühe gemacht, aber lehrreich ist dieser Vorgang trotzdem. Ob er anderen Parteien zur Nachahmung empfohlen werden kann, ist zweifelhaft, da die Abonnentenlisten unserer politischen Blätter wohl kaum zu diesem Zwecke hergegeben werden — und auch in Bezug auf Parteigehörigkeit des einzelnen nicht immer zuverlässiges Material enthalten.

Daß zum Zwecke der Wahlagitation die bürgerlichen Blätter im Bedarfsfälle ihre Abonnentenlisten verweigern sollten, ist doch wohl noch recht fraglich. Zum Glück für die „Ordnungs“parteien haben diese aber eine so mühsame Agitation gar nicht erst nötig. Ein gut Teil dieser Agitation wird ihnen bekanntlich schon durch die amtlichen Aufforderungen, das Bürgerrecht zu erwerben, abgenommen, welche Aufforderungen naturgemäß fast ausschließlich an Leute gelangen, die Gegner der Sozialdemokratie sind. Sollen wir den Herrn Generalsekretär des nationalliberalen Landesvereins daran erinnern, wie noch vor einigen Jahren sein Parteifreund und Leipziger Stadtrat, der Deputierter der Leipziger Wahlgeschäftsstelle, Herr Ludwig Wolf, unter „denjenigen Elementen, denen es um die Aufrechterhaltung staatlicher und bürgerlicher Ordnung zu thun ist“, mit amtlichem Gelde die Agitation für die Erwerbung des Bürgerrechts durch die amtlich erlassenen Aufforderungen betrieb?

Einer derartigen bequemen Unterstützung, wie sie so die „Ordnungs“parteien erfahren, hat sich die Sozialdemokratie niemals zu erfreuen gehabt. Ihr wird die Agitation nicht so leicht gemacht. Und wenn der Herr Generalsekretär es launig schildert, wie einmal ein Werber für die Sozialdemokratie an ihn, den Unrechten, gekommen ist, so wird ihm deshalb sicherlich von unserer Seite niemand gram sein, sondern für seinen Eifer nur Dank und Anerkennung übrig haben.

Gaben Personen, die, ohne in einem direkten Arbeitsverhältnis zu stehen, bei Verrichtung landwirtschaftlicher Arbeiten verunglückten, Anspruch auf Entschädigung? Das Reichsversicherungsamt hat bei einer früheren Gelegenheit durch Rekursentscheidung in Uebereinstimmung mit dem Schiedsgericht den Entschädigungsanspruch eines im 13. Lebensjahre stehenden Schulknaben anerkannt, der bei einer landwirtschaftlichen Arbeit verunglückt war, die er aus Gefälligkeit gegen einen ihm befreundeten Dienstknecht übernommen hatte. Dabei erschien es merkwürdig, daß er von dem Dienstherrn nicht als Arbeiter angenommen und gelöhnt worden war, da es zur Annahme eines Beschäftigungsverhältnisses im Sinne des § 1, Abs. 1 des landwirtschaftlichen Unfallversicherungsgesetzes genügt, wenn jemand in einer im Betriebe an sich förderlichen und nützbringenden Weise thätig ist, daß durch dieses den mutmaßlichen Willen des Arbeitgebers entsprechende, wenn auch ohne ausdrücklichen Auftrag erfolgende Eingreifen die Hervanzuehung einer besonderen Arbeitskraft entbehrlich gemacht wurde. Auch der Umstand, daß der Kläger in diesem Falle noch im kindlichen Alter stand, konnte nicht als Einwand gelten.

Neuer Spielplatz. Der Platz an der Breitenfelder und Landsberger Straße in L. Wohls soll jetzt in einen Spielplatz umgewandelt werden, der von Rasenflächen mit Aufpflanzungen und von Büumen umgeben werden soll. Der Rat ersucht die Stadtverordneten, die auf 1473 Mk. veranschlagten Kosten zu bewilligen.

Vermisst wird seit dem 8. d. Mts. der am 22. Februar 1864 in Abnandorf geborene Arbeiter Friedrich Wilhelm Ehler aus seiner in der Dufourstraße Nr. 17 gelegenen Wohnung. Ehler hat sich unter Umständen entfernt, die befürchten lassen, daß er sich ein Verbrechen anhat. Der Vermisste ist etwa 1,72 Meter groß, von kräftiger Gestalt, hat rötlich-blonden Schnurr- und Spitzbart und trägt ein Glasauge, da er das rechte Auge eingebüßt hat. Die Kleidung Ehlers besteht aus grauem Jackett, Drillinghose und gelbem Strohhut.

Durch einen Sprung in die Welle wollte sich gestern vormittag im Connewitz Holzse ein in der Langen Straße wohnendes Mädchen das Leben nehmen. Die Lebensmüde ist jedoch beim Hinzukommen von Leuten wieder aus dem Flusse gestiegen und dann nach Connewitz zur Polizeiwache gebracht worden, von wo aus sie ihre Eltern abgeholt haben.

Ein wegen Geisteskrankheit von seinem Truppenteil in Neß nach seiner Heimat in Posen entlassener Soldat erkrankte am Eisenburger Bahnhofe hier dergestalt, daß er von seinem Begleiter nicht weiter transportiert werden konnte. Der bedauernswerte Mensch fand einstweilige Aufnahme im Garnisonlazarett.

In einem Neubau an der Liebedorferstraße fiel gestern nachmittag ein 60 Jahre alter Arbeiter während der Arbeit in eine zwei Meter tiefe Grube und erlitt dabei eine Knieverletzung. Der Verunglückte wurde in das Krankenhaus gebracht.

Einen Gardinenbrand verschuldete gestern abend in einem Hause der Humboldtstraße ein 10jähriger Knabe durch unachtsames Umgehen mit einem brennenden Lichte. Der Brand teilte sich verschiedenem Mobiliar mit; er wurde aber von der Feuerwehre bald beseitigt.

Ein bedeutender Einbruchdiebstahl ist vergangene Nacht in der Dresdener Straße verübt worden. Die Diebe haben dort aus dem im Grundstück Nr. 37 befindlichen Uhrreparaturgeschäft eine Anzahl Uhren im Werte von über 1000 Mark gestohlen. Es befinden sich darunter eine goldene Herren-Savonnette-Monotonuhr mit Gravierungen, einen Meister und einen Hund darstellend, auf dem vorderen und hinteren Deckel; eine gleiche Uhr mit Nummer 1400175, 16 Stück goldene Damenuhren mit den Nummern 182853, 182873, 182876, 171741, 171871, 171893, 186384 bis 87, 150320, 150330, 150334, 176688, 176689, 176691, 146676, ferner 17 Stück silberne Herrenuhren mit den Nummern 82373, 1952563, 603773 bis 75, 604891 bis 96, 62931, 62933 bis 35, 64114, sowie sechs Stück silberne Damenuhren, Nummern 16780 bis 94. Ferner haben die Einbrecher noch 8—10 Stück lange Damen-Double-Halsketten mit fortgenommen.

Kleine Polizeinrichten. In der inneren Stadt wurde ein Geschirrführer von seinem Wagen über den linken Fuß gefahren, was einen Knochenbruch zur Folge hatte. Der Verunglückte wurde in das Krankenhaus gebracht.

Im Dräsche lief eine Arbeiterin in ein Droschfengehirr. Sie wurde ungerissen und bekam dabei einen Krampfanfall. In der Sanitätswache, wohin man sie brachte, kam sie nach einiger Zeit wieder zu sich.

Von Krämpfen befallen wurde in der Nikolaistraße ein Verkäufer. Der Erkrankte fand Hilfe in der Sanitätswache.

Auf dem Georgiring wurde gestern abend ein 10jähriges Mädchen von einem Handwagen umgerissen und über den rechten Fuß gefahren. Das Kind kam ohne erhebliche Verletzung davon.

Von einem Madsfahrer ungerissen wurde auf der Neuhörsener Gasse ein 10 Jahre altes Mädchen. Auch dieser Unfall ging ohne ernste Folgen ab.

In Haft genommen wurde ein 14 Jahre alter Steinseherlehrling aus Groß-Städteln, der aus einem Grundstück der Pflanzstraße ein Fahrrad gestohlen hat, das er zu verkaufen beabsichtigte.

Ein 10jähriger Schreiber von hier mußte wegen eines Sittlichkeitsverbrechens im Sinne des § 176, 3 des Strafgesetzbuchs in Haft genommen werden.

Gestohlen wurde aus einem Grundstück am Peterssteinwege gestern nachmittag ein Mover mit schwarzem Rahmenbau und ebensolchen Felgen im Werte von 160 Mk.

Aus einer Niederlage im Dräsche sind seit dem 5. d. Mts. 40 Stück rote Marbelle im Werte von 900 Mk. gestohlen worden. Der Bestohlene hat auf die Herbeischaffung der Felle und die Ermittlung des Diebes 200 Mk. Belohnung zugesichert.

In einem Hause der Erdmannstraße in L.-Plagwitz ist in verschiedene Bodenammern eingeschoben worden. Den Dieben sind Damen- und Herrenkleider, sowie Schuhe, in die Hände gefallen.

Hier ermittelt und verhaftet worden sind fünf wegen verschiedener Verbrechen und Vergehen von den Gerichtsbahnen in Torgau, Darmstadt, Elberfeld, Chemnitz und Zwickau stiefbrieflich verfolgte Personen.

Stätterik. Ein Knabe war in die jetzt außer Betrieb befindliche Wadentank eingedrungen und ins Wasser gefallen. Der Sohn des Pianofabrikanten Schimmel rettete den Knaben vom sicheren Tode des Ertrinkens.

Aus der Partei.

Die revolutionäre Richtung der italienischen Sozialisten hatte auf dem Kongress von Imola folgenden Antrag gestellt: „In Erwägung, daß die Aktion der sozialistischen Partei von ihrem revolutionären Charakter getragen sein muß, in Anbetracht dessen, daß jede Reform durch die Arbeiterklasse selbst errungen werden muß, und daß dieselbe den allgemeinen Zwecken, nämlich der politischen und ökonomischen Umformierung der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung, welche durch das in eine Massenpartei organisierte Proletariat durchzuführen ist, beizuhelfen und unterzuordnen sind, in Erwägung, daß die Einheit der Partei nicht durch das Nebeneinanderbestehen zweier Tendenzen und zweierlei Taktiken gefährdet werden darf, erklärt der Kongress, daß die sozialistische Partei auf den verschiedensten Gebieten des politischen und wirtschaftlichen Kampfes ihre Ziele unabhängig und getrennt von jeder anderen Klasse oder Sekte und von jeder anderen politischen Partei zu verfolgen hat.“

Dieser Antrag wurde mit 456 gegen 270 Stimmen zu Fall gebracht. Aus diesem Stimmenverhältnis läßt sich kein klarer Schluß auf die Stärke des Revisionismus und Radikalismus in der italienischen Partei ziehen. Da fast die Hälfte der ca. 1400 Delegierten sich der Abstimmung enthalten haben.

Die auch in unserem heutigen Leitartikel erwähnte Kompromissresolution von Bonomi wurde schließlich angenommen.

Ueber eine Ehrung Ferdinand Lassalles wird der Frankfurter Zeitung berichtet:

Am Fuße des Salvoes, schon auf französischem Gebiete, zehn Minuten von der Grenze und dem Dorfe Woffey entfernt, steht inmitten eines kleinen Waldes der Vassalle-Stein, ein kleiner Felsblock, der die Inschrift trägt:

Ferdinand Lassalle
né le 11 Avril 1825
mort à la suite d'un duel
le 31 août 1864.

Der Stein wurde am 31. August 1884 von einem internationalen sozialistischen Komitee errichtet. Seit dieser Zeit unternimmt der deutsche Allgemeine Arbeiterverein in Genf alljährlich am Todestage Lassalles einen Gang zu der Stätte, wo Lassalle gefallen. Neuer beteiligen sich auch Franzosen und der polnische sozialistische Verein an dem Gange. So gab's trotz der Tramway-Wilderei — zahlreichen Besuch. Die Gedächtnisrede hielt ein altes Mitglied des Genfer Allgemeinen Arbeitervereins, der Lassalle noch persönlich gekannt, und seine letzte große Rede am 22. Mai 1864 zu Konstanz gehört hatte. Da gab es allerlei persönliche Erinnerungen, die — für die Meisten — neu und interessant waren.

Der deutsche Allgemeine Arbeiterverein in Genf ist einer der ältesten der sozialistischen Vereine der Schweiz. In seiner heutigen Gestalt besteht er schon seit dem Jahre 1843 und feiert demnach im nächsten Jahre sein sechzigjähriges Bestehen. Aber seine Gründung reicht weiter zurück. Schon in den dreißiger Jahren bestand er unter dem Namen Leman-Bund (nach dem Genfer See, dem Lac-lemann). Diese Tatsache zeigt, wie eng verknüpft die Geschichte des Genfer Arbeitervereins mit der ganzen sozialistischen Bewegung Europas ist. Zammershade, daß ein überreicher Vereinspräsident die alten Protokolle — um im Archiw Platz zu gewinnen! — verbrennen ließ. Da ist zweifellos interessantes Material verloren gegangen.

p. h. **Ein Arbeiterheim in Wien.** Im südlichsten Bezirke von Wien, dem industriereichen Favoriten, wurde, wie uns unser Wiener Korrespondent schreibt, gestern das erste Wiener Arbeiterheim eröffnet. Kein Gewerkschaftshaus im deutschen Sinn. Dazu

sind die Verhältnisse noch nicht genug entwickelt. Aber ein Heim für alle Arbeiterorganisationen des Bezirkes, ein Zusammenkunftsort für die Genossen des X. Bezirks in Kampf und Mühe. Das große stattliche Gebäude umfaßt drei Abteilungen: einen großen Versammlungsaal, das Wohnhaus, das teils an Privatleute vermietet wird, teils von den verschiedenen Organisationen, der Bezirksorganisation Favoriten, dem Unterrichtsverband u., als Konzilsräume verwendet wird, und eine große Restauration im Parterre. Die große Arbeit, die jahrelang bis zur Erreichung des Zieles geleistet werden mußte, hatte ein eigener Verein, Verein Arbeiterheim Favoriten, auf sich genommen. Voriges Jahr waren diese innermühtigen Genossen endlich so weit, daß sie eine Konkurrenz für den Bau ausschreiben konnten, und gestern und vorgestern, als zwei arbeitsfreien Tagen — der 8. September ist ein Martientag — wurde die feierliche Eröffnung vorgenommen. In allen Neben, die gehalten wurden, kehrte immer ein Gedanke wieder, immer wieder wurde darauf verwiesen, wie in kurzer Zeit, in knapp 15 Jahren, die Wiener Sozialdemokraten aus verdorbenen Spielunten emporgestiegen seien bis zu der Höhe des großen Saales im neuen Heim. Und nicht nur derselbe Gedanke, sondern auch dieselbe Hoffnung und dieselbe Versicherung, daß der Geist der Wiener Sozialdemokratie gerade so kampffroh und revolutionär bleiben werde im schönheitsgeschmückten Festsaal wie in der rauchigen Spielunten. Am zweiten Eröffnungstage wurde noch eine Vassallefeier abgehalten, in der die Stimmung nicht weniger begeistert war als am Vortage.

Soziale Rundschau.

Folkswirtschaftliches.

Delegierte der Centrale für Spiritusverwertung sind zur Zeit auf Agitationstouren, um die süddeutschen Branntweinbrenner zur Einschränkung der Produktion zu bereden. Hier war Herr Briggemann aus Schwelgingen, der den unterfränkischen Brennern dringend ans Herz legte, seinem Rat zu folgen, damit der Preis von 30 auf 36 Mk. getrieben werden könnte. Nach dem Bauernbundsorgan versicherte der Referent, es hätten sich bereits 81 Prozent der Kontingents der Kariofölbrenner verpflichtet, die Produktion um 18 Prozent gegen den Durchschnitt der Produktion von 1896—1901 einzuschränken, die übrigen 19 Prozent sei erforderlich und hier kämen die Süddeutschen in Betracht, die selber noch zurückblieben. Das Resultat der schwach besuchten Versammlung war die Annahme einer Resolution im Sinne des Referenten.

Gewerkschaftliches.

Kein Koalitionsrecht für die preussischen Eisenbahner. Dem „sozialdemokratischen“ Eisenbahner-Verbande steht der neue Minister der öffentlichen Arbeiten Budde ebenso entschieden wie sein Vorgänger im Ante Herr v. Thiele gegenüber. Der Schlesischen Zeitung wird aus Berlin geschrieben: Minister Budde ist gewillt, nach Kräften für die Hebung der sozialen Lage der Beamten und Arbeiter der ihm unterstellten Betriebe einzutreten; er wird aber scharf und energisch gegen die Arbeiter vorgehen, welche sich dem sozialdemokratischen Verbande angeschlossen haben. Der Minister ist wie sein Vorgänger der Anschauung, daß der Staat nimmermehr dulden kann, daß sich Eisenbahnenbedienstete mit der ausgeprägten Tendenz zusammenschließen, eine Lohnschöpfung eventuell durch Gewalt, d. h. durch den Ausstand, zu erzwingen. Die vitalsten Interessen des Staates erheischen gebieterisch das schärfste Einschreiten gegen solche Absichten.

Vereine und Versammlungen.

Mitgliederversammlung der Bäcker.

Ueber die Vorkommnisse in der Entrichscher Konsumbäckerei berichtet der Vorigende, daß die Verwaltung des Vereins beschlossen habe, sich dem Schiedsgericht der Konsumvereine zu fügen. Es entspinnt sich über Anrufung und Zusammenkunft des Schiedsgerichts eine längere Debatte und wird beschlossen, zwei Vertreter der Gewerkschaft, Rahl und Freitag, in Vorschlag zu bringen. Wegen Aufnahme der Annonce im Fachblatt, in der ein Bäckmeister im Entrichscher Konsumverein gesucht wird, sprechen sich alle Redner der Handlungsweise des Verbandsvorstandes gegenüber mißbilligend aus. Trotz Protestes des Vorstandes der Mitgliedschaft ist die Annonce erschienen. Folgende Resolution findet Annahme: Die Mitgliedschaft Leipzig hält das Vorgehen ihres Vorstandes für vollständig richtig, sie verurteilt die Handlungsweise des Hauptvorstandes aufs schärfste, sie hält denselben überhaupt für unfähig, die Interessen der Mitglieder in Großbetrieben zu vertreten, ob aus bösem Willen oder aus anderen Gründen, mag dahingestellt bleiben. Die Abrechnung vom Vergnügen hat einen Ueberschuß von 28.80 Mk. ergeben. Unter Verschiedenem wird von mehreren Rednern gewünscht, die Lokalliste mehr zu beachten. Die Anrufung des Schiedsgerichts soll durch den Vorstand geschehen. Der Vorsitzende bleibt noch bekannt, daß Mittwoch den 17. September eine öffentliche Versammlung stattfindet, in der Kollege Rahl einen Vortrag über bänische Gewerkschaftsverhältnisse halten wird. Dieraus wurde die gut besuchte Versammlung geschlossen.

Von Nah und Fern.

Bergmannslos.

Steinitz. 11. September. In dem zur gräflich Wallestremschen Brandenburg-Grube in Ruda gehörigen Holzhängegeschichte auf der Karlskolonie stürzte gestern nachmittag die Zimmerung zusammen und verschüttete einen Steiger sowie vier Bergleute. Bei den sofort eingeleiteten Rettungsarbeiten wurden ein Bergmann tot, ein Steiger und zwei Bergleute verletzt und einer unverfehrt zu Tage gefördert.

Bankdiebe.

Paris. 11. September. Aus den Kellern der Banque de France, in denen 3 1/2 Milliarden Franken in Edelmetallen aufbewahrt werden, wurden Stücke mit einem Inhalt von 200 000 Franken entwendet. Der Thäterchaft sind Beamte des Instituts verdächtig.

Cholera.

Petersburg. 10. September. Nach amtlichen Angaben sind in Odesa am 6. und 7. September wiederum zwei pestverdächtige Fälle festgestellt worden. Von elf ähnlichen Fällen, die vom 24. August bis zum 2. September vorkamen, waren, wie nunmehr feststeht, sechs keine Pestfälle. Ebenso war der für pestverdächtig gehaltene Fall in der Kolonie Gildendorf (Kreis Odesa) kein solcher. Somit sind in Odesa seit dem 10. Juni bisher 17 pestverdächtige Fälle zu verzeichnen.

Auskunft in Rechtsfragen.

100. Im Falle der Krankheit behält der Handlungsgehilfe seinen Anspruch auf Gehalt, jedoch nicht über die Dauer von sechs Wochen hinaus. Der Handlungsgehilfe ist nicht verpflichtet, sich den Betrag anrechnen zu lassen, der ihm für die Zeit der Krankheit aus einer Krankenkasse zukommt. Eine entgegengegangene Vereinbarung ist nichtig. Diese Ansprüche bleiben auch bestehen, wenn wegen anhaltender Krankheit die Entlassung ohne Einhaltung der Kündigungsfrist erfolgt.

